

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark für ein Jahr. Einzelne Nummer 5 Pfg. für den Hausbesitzer mit Zustellung am Sonntag. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. für Abonnenten. 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Zwischenspiel.

Heute treten der Reichstag und der preussische Landtag zusammen — das pseudoparlamentarische Intermezzo des deutschen Regierungsabsolutismus beginnt. Ohne große Erwartungen sieht das deutsche Volk diesen Tagungen entgegen. Es weiß, daß es nichts von diesen Parlamenten zu erwarten, daß es alles erst gegen sie zu erlämpfen hat. Die kurze Session des Reichstags vor Weihnachten hat schon gezeigt, daß in diesem Hause, wo sich der schwarz-blaue Block so wohlhuldig eingerichtet hat, das graue Elend herrscht, das die melancholische Figur des neuen Reichszanlers so gut verkörpert. Die völlige Ergebnislosigkeit, mit der die Interpellation über den Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrrevier geendet hat, lieferte nur einen neuen Beweis, daß die Arbeiterklasse von dem Produkt der Gottentottewahlen nichts zu erwarten hat. Alle Anstrengungen unserer Vertreter müssen sich so darauf konzentrieren, wenigstens zu verhüten, daß in der bevorstehenden Session den Interessen der Arbeiterklasse neuer Schaden zugefügt werde. Namentlich die Veratung der Strafprozessordnung und der Strafsüßig-novelle wird reichlich Gelegenheit geben, Angriffen der Feinde der Arbeiterklasse, die den Machtbereich der volksfremden Klassenjustiz noch ausdehnen wollen, mit aller Unbeugsamkeit entgegenzutreten.

Im übrigen aber wird in diesem Reichstag, der mit der Schuld des Steueranzuges belastet ist, vor allem eins immer mehr in den Vordergrund rücken: die Angst oder die Hoffnung auf die nächsten Wahlen, in denen die Schuld des Gottentottenturges ausgelöscht werden soll. Die Sozialdemokratie wird reichliche Gelegenheit haben, bei der Budgetberatung den herrschenden Klassen und ihrer Regierung ihr Sündenregister vorzuhalten. Verschleppung der Sozialreform, unerträgliche Neubelastung durch die indirekten Steuern, steigende Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zollpolitik, das ist das unbezweifelbare Ergebnis, dem dieses Parlament auch nicht eine nützliche Tat entgegenzusetzen hat.

Und wie das Parlament, so die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg. Für den Geist seines Systems ist nichts bezeichnender, als daß eine der ersten und dringendsten Angelegenheiten der neuen Session die Abrechnung mit der skandalösen Verletzung der selbstverständlichen Staatsbürgerrechte wird bilden müssen. In der Interpellation über die Vorgänge in Kattowitz wird hoffentlich dem neuen Herrn mit münchenswerter Deutlichkeit klargemacht werden, daß die Nachregelung der Beamten, die von ihrem Wahlrecht nach ihrer besten Ueberzeugung Gebrauch gemacht haben, ein abscheulicher Unfug ist. Freilich ist dieser Unfug kein Zufall; er ist vielmehr der Sinn des öffentlichen Wahlrechts, das nur deswegen besteht, um die Ausübung des Wahl-terrorismus der Regierung und den ökonomisch Herrschenden zu erleichtern. Deshalb haben auch nur jene ein Recht sich gegen diesen Terrorismus zu erheben, die entschlossen sind, seine Wurzel auszurotten und die öffentliche Wahl endlich überall zu beseitigen. Wenn das Zentrum, das in diesem Fall neben den Polen der leidtragende Teil ist, gegen den Regierungsterrorismus sich auflehnt, so wird es daran erinnert werden müssen, daß es bisher nicht allzubüßig getan hat, um dem Herrschaftsbereich des Terrorismus sein ergiebigestes Feld — Preußen — freitig zu machen. Die Energie, mit der das Zentrum in Preußen für das geheime Wahlrecht eingetreten ist, war bisher durchaus nicht imponierend.

Der Herstellung verfassungsrechtlicher Zustände, auf die die Beamtenmaßregelungen ein frecher Hohn sind, gilt auch die zweite Interpellation über Weidenburg. Und auch bei dieser Interpellation wird sich sofort die in dem Vordergrund der ganzen deutschen Politik stehende preussische Frage aufwerfen. Ist doch das preussische Dreiklassenhaus im Grunde genommen ebenso wenig mit konstitutionellen Zuständen vereinbar wie der unberühmte Absolutismus Mecklenburgs. Aufgabe des Reichstages des allgemeinen gleichen Wahlrechts wäre es fürwahr, in beiden Fällen dafür zu sorgen, daß innerhalb des einen Deutschen Reiches unbekümmert um die vermoderten historischen Rechte dem Volke endlich sein wahres Recht, seine politische Selbstbestimmung werde. Mit allem Nachdruck muß der Grundsat, Reichsrecht geht vor Landesrecht von allen verfochten werden, denen die demokratische Weiterentwicklung am Herzen liegt. Und wenn der Reichstag diesmal noch versagt, so wird doch die Debatte ihre günstige Wirkung auf den Wahlrechtskampf nicht verfehlen.

Weil aber dieser Wahlrechtskampf als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft erkannt ist, so wendet sich diesmal das größere Interesse der Eröffnung des preussischen Landtages zu. Endlich muß das unwürdige und erbitternde Spiel, das seit Wochen mit dem preussischen Volke in der offiziellen Presse getrieben wird, ein Ende haben. Endlich muß die Regierung Farbe bekennen. Freilich, eine Wahlreform, die diesen Namen verdient, wird die Thronrede nicht ankündigen. Dies eine kann man der offiziellen Presse glauben, so ungläublich sonst ihre Mitteilungen klingen. Danach würde die Thronrede eine Reform ankündigen, die als einzige Verbesserung die Einführung der direkten Wahl enthielte! Eine „Verbesserung“ also, die eigentlich nur eine wahltechnische Vereinfachung wäre, den sozialen und politischen Charakter des

Wahlrechts aber völlig unberührt ließe. Nicht einmal das Selbstverständliche, über das man nicht mehr zu diskutieren nötig haben sollte, das man nur zu dekretieren brauchte, nicht einmal das geheime Wahlrecht soll die Thronrede bringen! Dagegen soll die Brutalität des Dreiklassenwahlrechts noch ergänzt werden durch die Infamien eines Pluralwahlrechts! Das soll die Erfüllung des Königswortes von der organischen Fortentwicklung des Wahlrechts sein! Die Junker haben es nicht mehr notwendig, vom Himmel den Bruch des Königsversprechens zu ersehen, denn diese Erfüllung wäre ja schlimmer als der Bruch und man würde jetzt den Sinn der Worte verstehen, mit denen Herr v. Heydebrand in jener Rede, in der er die Ablehnung der Erbschaftsteuer und den Sturz Bülow's zu erklären suchte, seine Bereitwilligkeit erklärte, an einer preussischen Wahlreform mitzuwirken. Die Junker haben die Thronrede, die das Wahlreformversprechen enthielt, ihrem König zerrissen vor die Füße geworfen und eine neue diktiert. Aber es wird sich erst zu zeigen haben, ob dieser ein besseres Schicksal werden wird. Es gibt noch andere Mächte als Junkermacht.

Freilich ganz sicher sind die Nachrichten über den Inhalt der Thronrede nicht, und diese Tatsache, daß nicht der Wille und die Macht politischer Parteien, sondern eine unverantwortliche Regierung die Entscheidung — allerdings eine bloße Vorentscheidung — treffen kann, zeigt am besten, wie völlig ungebrochen der Absolutismus noch herrscht. Aber wie immer schließlich diese Wahlreform aussehen wird, sie wird endlich Klarheit schaffen und das preussische Volk vor die Entscheidung stellen. Daß vom preussischen Junkerparlament mehr zu erwarten wäre, als von der preussischen Regierung, kann kein Zurechnungsfähiger glauben. Daß von dem Dreiklassenwahlrecht, das so völlig den Bedürfnissen der Rechte angepaßt ist, je eine wesentlich andere Zusammensetzung dieses Unrechtsparlamentes zu erwarten ist, ebensowenig. Nur durch den Druck einer starken Volksbewegung, die den heute Herrschenden die Nachgiebigkeit als das kleinere Uebel erscheinen läßt, ist ein Fortschritt der Wahlrechtsfrage zu erzielen.

Heute beginnt der Landtag und heute enden manche Illusionen. Der urreaktionäre Charakter der preussischen Regierung, den Fürst Bülow so ängstlich zu verhüllen bemüht war, wird sich auch dem Raubvolk offenbaren. Die Vertröstungen und Hoffnungen haben ein Ende. Auf's neue, unerbittlicher und ernster als je wird die preussische und deutsche Frage gestellt sein und mit ernster Entschlossenheit werden die deutschen Arbeiter sie zu beantworten wissen. Die schließliche Lösung kann nicht zweifelhaft sein. Sie wird um so leichter gefunden werden und um so weniger Opfer erfordern, in je höherem Grade es dem deutschen Bürgertum Ernst damit ist, die Junkerdiktatur abzuwerfen. Die Entschlossenheit, mit dem es den Fehdehandschuh aufnehmen wird, den ihm die Regierung des Herrn v. Heydebrand hinwirft, wird sehr rasch die nötige Klarheit schaffen, die für den beginnenden Kampf unerlässlich ist.

Die Landesversammlung der nationalliberalen (deutschen) Partei Württembergs

fand am Sonntag, den 9. Januar, in Stuttgart statt. Das Hauptreferat hatte, wie üblich, Reichstagsabgeordneter Professor Hieber. Er sprach über die politische Lage. Dem Block und dem Fürsten Bülow weinte er heiße Tränen nach. Daß Sozialdemokratie und Zentrum die Zertrümmerung des Blocks begehrt hätten, sei verständlich. Aber nicht nur Konservative hätten über die Vernichtung des Blocks frohlockt, auch in den Kreisen der Demokratie habe man von einer „Erlösung“ geredet. Er (Hieber) sei aber überzeugt, daß sowohl unter den Konservativen wie in der Demokratie es Tausende und Abertausende Männer gebe, die die Vernichtung des Blocks aufrichtig bedauern. In der nationalliberalen Partei sei das Urteil darüber, daß der Block segensreich gewirkt habe, wohl einmütig. Mit Vehemenz verteidigte Hieber seine Partei gegen den Verdacht, als ob sie durch die Einwirkung der Jungliberalen „radikaler“ geworden, in der Politik eine Wendung nach links vorgenommen habe. Weiter freute sich der Führer der württembergischen Nationalliberalen königlich, daß bei der Fusion der drei linksliberalen Parteien so manches Stück Axtwätershaudrat der Demokratie über Bord gegangen ist. Herr v. Payer bekam ein besonderes Lob, weil die „Demokratie“ die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Gemeinden aus dem Einigungsprogramm hat verschwinden lassen. Ueber die Wählerregelung der Lehrer und Beamten in Kattowitz wegen ihrer Abstammung bei der Stadtverordnetenwahl ist Herr Hieber hoch erfreut. Die nationalliberale Partei heiße die Maßnahmen der Regierung ausdrücklich gut. Vom „Großblock“ von Hieber bis Waffermann will Hieber nichts wissen. So lange die Sozialdemokratie eine „antinationale Klassenpartei“ sei und bleibe und den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben habe, so lange sie die Monarchie als Grundlage unseres Staatswesens grundsätzlich bekämpfe, werde an der grundsätzlichen Kampfesstellung der nationalliberalen Partei gegen die Sozialdemokratie nichts geändert werden.

Zur Wahlrechtsfrage in Preußen führte der Redner aus, die Nationalliberalen Württembergs wünschten, daß die nord-

deutschen Freunde diese Frage „in einem aufrichtig liberalen Sinn“ in die Hand nehmen möchten. Die preussische Wahlrechtsfrage lasse sich von den allgemein deutschen Fragen nicht mehr trennen. Die Liberalen würden es begrüßen, wenn die Freunde im Norden lernen würden aus der Entwicklung im Süden, daß es auch bei freierwilliger Ausgestaltung der Konstitution gut gehe mit dem Schicksal des Volkes, und daß auch dann noch Platz bleibe für die Mitarbeit der nationalliberalen Partei.

Nach Hieber sprach Reichstagsabgeordneter Prof. Wegel über staatsbürgerliche Erziehung. Landtagsabgeordneter Kübel über die Redarlanalisation und Schiffsabgaben. Wegel stellte seinen Freunden die Verbearbeit der Sozialdemokratie unter der Jugend, besonders das Blatt der Jugend, die „Arbeiterjugend“, als vorbildlich in bezug auf Agitation hin. Herr Wegel möchte die Schule in den Dienst der bürgerlichen Parteien stellen. Der Lehrer soll die Jugend staatsbürgerlich „staatsverhaltend“ erziehen. Ein Vorschlag, der auf die Dauer für die bürgerlichen Parteien die fatalsten Folgen zeitigen könnte, wenn er je zur Durchführung gelangen sollte. So wenig die Sozialdemokratie etwas einzuwenden hat gegen die Einführung von „Bürgerkunde“ als Lehrfach an den Schulen, so unüberbäre „Erfolge“ könnte die nationalliberale Idee erzielen. Der Redner güterte zur Unterstützung seiner Ansicht sogar Wegel, der gesagt habe, die eigentliche Ursache der Mandatsverluste der Sozialdemokratie bei der Wahl 1907 sei die Sozialistenfeindschaft des deutschen Volksschullehrers. Die Versammlung nahm die etwas konfuse Rede offensichtlich mit ziemlich gemischten Gefühlen auf.

Zu den Schiffsabgaben führte Landtagsabgeordneter Kübel aus, daß die württembergische Regierung und die Mehrheit der beiden Kammern dem Vorschlag der preussischen Regierung betreffend Einführung von Abgaben auf den bisher abgabefreien Strömen und Verwendung der so gewonnenen Mittel zum Ausbau des Wasserstraßennetzes Deutschlands sympathisch gegenüberstehe. Selbst wenn Baden gezeigt sein würde, für den Bau des Redarlanals weit mehr zu leisten als bisher geboten wurde, sei der Vorschlag Preußens doch vorzuziehen, da er Württemberg weit mehr biete. Redner hofft, daß der Bundesrat den Vorschlägen Preußens zustimmen werde. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die „korrekte“ Polizei.

Die eigentümliche Art, wie der Berliner Polizeipräsident nach den Auffehen erregenden, kompromittierenden Gerichtsverhandlungen wegen der Ferrer-Kundgebungen in der Köpenicker Straße mit drei Zeugenausagen, die in den Polizeifram passen, hervorgetreten ist, oder vielmehr, wie aus ihm die Ermittlung dieser drei „polizeilassen“ Zeugenausagen durch die Presse erst herausgeholt werden mußte, war von vornherein geeignet, Mißtrauen zu erwecken und die Vermutung wachzurufen, daß hinter der Sache noch etwas anderes, bisher Uneingeständenes stecke. Herr v. Jagow, der sich als korrekter Polizeipräsident mit Hand und Fuß dagegen wehrt, daß seine Polizei inkorrekt gehandelt haben soll, obwohl diese Inkorrektheit durch die beschworenen Aussagen einwandfreier Zeugen vor Gericht glänzend bewiesen ist, sollte dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ auch gesagt haben, daß „seine“ Zeugen, also die drei Anwohner der Köpenicker Straße, sich „freiwillig als Zeugen angeboten“ haben. Der Herr Präsident hat sich beeilt, diese Bemerkung, die ganz besonders auffällig erschien, als irrtümlich zu bezeichnen. Hiernach bleibt nur der Schluß übrig, daß die Polizei schon vor dem Stattfinden der Gerichtsverhandlung auf die Suche gegangen ist, nach solchen Zeugen, die die Polizeikosten aus dem Feuer holen sollten.

Weshalb hat die Polizei sich auf diese nach ihrer plötzlichen und nachträglichen Meinung für sie günstigen Zeugen nicht schon in der Gerichtsverhandlung berufen? Wer da weiß, wie solche Zeugenausagen zustandekommen, dem ist die Verantwortung der Frage nicht sonderlich schwer. Die Polizei ist zweifellos nach günstigen Zeugenausagen haufieren gegangen! Sie hat alle in Betracht kommenden Vorderhäuser abgeklappert, und die Bewohner, natürlich in erster Linie die als „loyal“ bekannten ausgefragt. Denn daß sie ausgerechnet bloß jene drei Herren um ihre Ansicht gebeten haben sollte, erscheint vollständig ausgeschlossen. Warum tritt die „korrekte“ Polizei nicht mit den Aussagen der übrigen ausgefragten Hausbewohner hervor? Weil diese offenbar die Vorgänge, soweit sie überhaupt den Kampfplatz übersehen konnten, in demselben Lichte betrachteten und geschildert haben, wie es die Eideszeugen an Gerichtsstelle taten! Die Polizei trug Bedenken, aus vielleicht zwanzig Aussagen von Hausbewohnern die günstigste für die Gerichtsverhandlung herauszugreifen und die übrigen einfach unter den grünen Tisch fallen zu lassen. Erst das Drängen der Presse hat den verunglückten polizeilichen Versuch, sich zu reinigen, aufgedeckt und der Polizei die Fange etwas gelöst, wodurch die Sache selbst für die Polizei nur in ein noch ungünstigeres Stadium getreten ist. Daß die Polizei trotz ihrer Unfrage nur mit drei „günstigen“ Aussagen aufwarten kann, ist fast schon ein Eingeständnis ihrer Schuld!

Herr v. Jagow erklärt auch, er habe nicht gesagt, daß Herr v. Soensbroeck sich nach der Unterhaltung mit ihm

„für befriedigt“ erklärt habe. Worauf das „Tageblatt“ erklärt, diese Mitteilung sei verkehrtlich in die Erklärung des Polizeipräsidenten aufgenommen worden, sie sei seinem Mitarbeiter nicht vom Polizeipräsidenten, sondern von einem „unterrichteten höheren“ Beamten des Polizeipräsidenten gemacht worden. Natürlich wird die total falsche Mitteilung selbst dadurch auch nicht um ein Atom richtiger!

Die Regierung in Verlegenheit.

Die Regierung sieht sich durch den in den Reichsständen zwischen den Bischöfen von Meß und Straßburg und der Landesverwaltung ausgebrochenen Konflikt in arge Verlegenheit verfaßt. Auf die Entgegnungen der Bischöfe und die Drohungen der Merikalen Presse zu schweigen, das hieße die ohnehin schwächliche staatliche Autorität in den Augen aller Staatsbürger noch mehr herabzusetzen und dem Klerus einen billigen Triumph zu verschaffen; andererseits aber möchte es aber auch die Regierung nicht gern mit der katholischen Kirche, oder, was trotz aller angeblichen Interkonfessionalität der Zentrumspartei daselbe wäre, mit dem Zentrum verderben. So hat man denn nach langen weisen Erwägungen beschlossen, vorläufig den Konflikt nicht als eine allgemeine Reichsangelegenheit, sondern als eine spezielle elsass-lothringische Landesangelegenheit zu behandeln und dem Staatssekretär von Elßaß-Lothringen, Freiherrn Born von Bulach, ganz allein die Antwort zu überlassen. Zweifellos eine sehr diplomatische Entscheidung.

Aber nicht nur die Regierung befindet sich in einer argen Affäre, auch die altpreussischen Konservativen wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Sie können nicht gut die Staatsautorität preisgeben, die Regierung im Stich lassen und sich den Unwillen der orthodoxen Protestanten in ihren Reihen sowie des Evangelischen Bundes zuziehen; andererseits aber möchten sie auch nicht ihren Merikalen Blodgefährten vor den Kopf stoßen und aufs neue ihre Machtstellung gefährden. In diesem Dilemma sind die konservativen Blätter teils auf den Ausweg verfallen, nur kurz über den Konflikt zu referieren, teils nehmen sie ihre Zuflucht zu den postfaktischen journalistischen Eiertänzen. Besonders Amüßantes leistet auf diesem Gebiet der höheren Langkunst die „Kreuztg.“. Sie schreibt in ihrer Sonntagsnummer:

„Der Brief des Staatssekretärs nahm zunächst nur Bezug auf eine „bisher von keiner Seite widerufene“ Darstellung des Vorganges in den „öffentlichen Blättern“. Daß diese Darstellung als authentisch anzusehen wäre, kann nicht behauptet werden; es kommt alle Tage vor, daß Nachrichten unwillkürlich durch die öffentlichen Blätter gehen und doch falsch sind. Die erste authentische Aeußerung zur Sache liegt in den Briefen der beiden Bischöfe vor; auch erfährt man jetzt in weiteren Kreisen den Wortlaut des Artikels im „Schulfreund“, den die Bischöfe den katholischen Lesern „zur Kenntnisnahme“ haben vorlegen lassen. In diesem Artikel wird allerdings nur an das katholische Gewissen der Lehrer appelliert. Wir haben aber bereits darauf hingewiesen, daß dies in einer beleidigenden Form geschieht; den zum Allgemeinen deutschen Lehrerverein übergetretenen katholischen Lehrern wird gesagt, sie seien feige, hätten ein unsittliches Band auf sich genommen, alle Würde männlicher Selbständigkeit vor sich geworfen, gemein gehandelt und hätten ein Wackelpfeppengesicht. Daß zwei katholische Bischöfe einen solchen Artikel von Amts wegen den Lehrern zur „Kenntnisnahme“ vorlegen lassen, setzt sie ohne weiteres ins Unrecht. Da gibt es nichts zu verteidigen und zu beschönigen. Der Protest des Staatssekretärs erscheint also trotz seiner formell nicht ganz einwandfreien Begründung als vollkommen gerechtfertigt, und man muß dringend wünschen, daß ihm jeder Nachdruck verziehen wird, bis die Bischöfe die beleidigende Form ihrer „Warnung“ öffentlich wieder gut machen. Die religiöse Macht der katholischen Kirche über die Gemüter ist so groß, daß wir Evangelischen uns nur schwer eine richtige Vorstellung davon bilden können. Es ist uns schlechterdings unfaßbar, wie ein gläubiger Christ seine persönlichen Beziehungen zu Gott so ganz und gar abhängig sein lassen kann von der Vermittlung sichtbarer Stellvertreter Gottes und alle seine Gewissensfragen vertrauensvoll dem Priester anheimgibt. Aber ob wir das verstehen oder nicht: die Tatsache besteht, und wir haben sie zu respektieren, da wir ebenso von den Katholiken die Achtung vor unserer so ganz entgegengesetzten Auffassung des Christentums verlangen. Anders verhält es sich mit der Ueberstimmung der kirchlichen Gewalt im öffentlichen Leben. Sie führt unmittelbar zum Konflikt mit der Staatsgewalt, und da wir Evangelischen dann unbedingt auf deren Seite stehen, so geht allemal bei solchen Konflikten ein Miß durch die ganze Nation. Schon deswegen muß auf beiden Seiten die äußerste Vorsicht angewandt werden, um die tausend Konfliktgelegenheiten zu vermeiden. Blumpheiten der kirchlichen Oberen sind ebenso gefährlich, wie Eiferfuchteleien der staatlichen Behörden.“

Am interessantesten ist die Haltung der Zentrums-Presse. Sie weiß, in welcher Verlegenheit sich die Regierung befindet und greift diese, vor allem den Reichszentralrat, rücksichtslos an. So schreibt z. B. die „Märk. Volksztg.“ in einem „Das wahre Gesicht des Kanzlers“ betitelten Artikel: „Von Bethmann-Hollweg aber tritt dem Katholizismus mit jener gründlichen Unbefangenheit entgegen, die z. B. auch Bismarck beherrschte. Er lebt in dem Selbstbewußtsein des protestantischen Stockpreußen, der dem Katholizismus denkbar fernsteht, der ihm gar kein Verständnis entgegenzubringen vermag, der sich, durchdrungen von liberalen Ideen, vielleicht gar einbildet, er sei der berufene Mann, „Roms Uebermacht ein Ziel zu setzen“. Aus dieser Entwicklung und ihrer Wirkung erklärt sich der harte Vorstoß in Rastowitz gegen Zentrum und Polen und das Experiment in Straßburg gegen die katholischen Bischöfe sehr leicht. Herr v. Bethmann-Hollweg ist eben vermöge seiner Abstammung und Erziehung unser entschlossener Feind und wird danach handeln.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar 1910.

Noch ein Nationalliberaler über die Wahlrechtsreform.

Auch der nationalliberale Landtagsabgeordnete Pfarrer Hadenberg hat sich jetzt in einer Versammlung über die preussische Wahlrechtsreform geäußert. Herr Hadenberg forderte Beseitigung des indirekten Wahlverfahrens und die Einführung der geheimen Wahl. Seit er im praktischen Leben steht, habe er die Erfahrung gemacht, daß eine unbeeinflusste Wahl bei öffentlicher Stimmabgabe trotz aller Males nicht möglich sei.

Damit waren eigentlich die positiven Forderungen dieses nationalliberalen Landtagsabgeordneten erschöpft. Zwar nannte er die jetzige Wahlkreisinteilung eine „wunderliche“, doch wollte er nicht zu sagen, was denn eigentlich an ihre Stelle gesetzt werden solle! Vielmehr erklärte er, daß die Neueinteilung „nicht schematisch nach der Bevölkerungszahl“ erfolgen dürfe, sonst würde das Parlament „einseitig städtisch“ werden. Dieser wadere Nationalliberale ist also nicht einmal für eine durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise zu haben! Wonach sich ganz von selbst versteht, daß Herr Hadenberg ausdrücklich erklärte, daß er auch für das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht zu haben sei. Es sei auch töricht, einer solchen „Utopie“ nachzugehen. Die Schlupphase des Herrn Pastors: wenn die Vorlage komme, so werde sie die nationalliberale Fraktion auf dem Posten finden im Kampfe um die Erweiterung der Volksrechte, paßt auf seine sonstigen Ausführungen wie die Faust aufs Auge.

Der stärkste Teil des Liberalismus gibt also bereits jede ernstliche Wahlrechtsreform preis, bevor noch die Regierung mit ihrer Vorlage herausgekommen ist!

Die liberale Einigung.

Der weitere Ausdusch der Deutschen Volkspartei betriet, wie aus Stuttgart gemeldet wird, gestern in vierstündiger Sitzung den Entwurf des Einigungsprogramms und des Organisationsstatuts. Sämtliche Bestimmungen wurden nach eingehender Erörterung einstimmig gebilligt und wurde beschlossen, dem Parteitag die Annahme des Programms und des Statuts zu empfehlen. Der außerordentliche Parteitag soll auf den 20. Februar nach Stuttgart einberufen werden.

Zugleich hat gestern und vorgestern der Gesamtvorstand des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) zu den Beschlüssen des Biererausdusch Stellung genommen. Abg. Neumann referierte über den Programmentwurf, Generalsekretär Weinhausen über das Organisationsstatut.

In der sich an die Referate anschließenden Debatte bekämpften Dr. Kahn-Franfurt und Landtagsabgeordneter Vogt-Eutin die Einigung, während die meisten Redner, darunter vornehmlich die Abgeordneten Dove und Gothein, sich für diese aussprachen.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen stimmt der Einigung der drei linksliberalen Parteien zu und beschließt, dem möglichst im Monat Februar einzuuberufenden Delegiertentag zu empfehlen, den durch den Biererausdusch vorgelegten Entwurf eines Einigungsprogramms und eines Organisationsstatuts nebst Uebergangsbestimmungen anzunehmen mit der Maßgabe, daß in das Organisationsstatut noch ein Absatz über die Rechte und Pflichten der Mitglieder aufgenommen, und daß die Zahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses von 16 auf 17 erhöht wird.“

Lehrer und Militarismus.

Sechzehn Volksschullehrer, die in Magdeburg im Auftrage der Militärbehörde einen Unterrichtskursus für Kapitulanten und Militäranwärter leiteten, sind in aller Eile in den Streit eingetreten. Sie erhielten bisher für die Stunde ein Unterrichtshonorar von 2 M. Bei einer Regelung des Unterrichtswesens wurden ihnen nun 2,50 M. pro Stunde in Aussicht gestellt. Dessen ungeachtet hielt das Generalkommando später den Satz von 3 M. für ausreichend, obwohl bei anderen Kursen die Lehrer ein Stundenhonorar von 3 M. erhalten. Da nun außerdem eine Erweiterung des Lehrplanes und eine Vermehrung der schriftlichen Arbeiten erfolgte, erklärten die sechzehn Lehrer, für den alten Honorarsatz den Unterricht nicht wieder zu übernehmen bezw. weiter führen zu wollen. Sie haben sich in einem Flugblatt an ihre Kollegen gewandt, in dem sie um Unterstützung und Solidarität ersuchen.

Defizit im preussischen Etat.

Der neue preussische Etat schließt mit einem Defizit von 93 Millionen Mark ab. Die Verordnungsreform hat volle 200 Millionen Mark erfordert — wesentlich mehr als man annahm — und da auch aus den Eisenbahnen nicht so hohe Ueberschüsse herauszuholen sind, haben alle Anstrengungen das Defizit nicht verhindern können.

Der mecklenburgische Verfassungstreit.

Die bürgerliche Blätter zu melden wissen, haben die mecklenburgische Regierungen bisher beim Bundesrat keinen Antrag gestellt, daß das Reich in die mecklenburgischen Verfassungstreitigkeiten eingreifen möge. Es kann also auch nicht, wie vor einigen Tagen behauptet wurde, ein solcher Antrag im Bundesrat beraten worden sein. Dagegen ist es richtig, daß sich der Ausschuh des Bundesrats für Verfassung insofern mit der mecklenburgischen Verfassungsfrage beschäftigt hat, als er sich über die Stellungnahme der Verbündeten Regierungen zu der am Dienstag im Reichstage zur Verhandlung und Besprechung gelangenden freisinnig-nationalliberalen Interpellation wegen der mecklenburgischen Verfassungsfrage schlüssig gemacht hat.

Ob der Reichszentralrat selbst diese Interpellation beantworten wird, steht noch nicht fest. Von einigen Blättern wird behauptet, er werde selbst zu einer ausführlichen Darlegung das Wort ergreifen, von amtlichen Blättern wird diese Ansicht bestritten.

Zur Reichstagswahl in Mülheim-Wipperfürth-Gummerbach.

Vor kurzem kennzeichneten wir bereits die Art, wie die Merikale „Wipperfürth Stg.“ die Bevölkerung gegen die sozialdemokratischen Flugblattverteiler aufhetzt. Die von dem Blatte gebrochene Antwort auf sein „Rüffel“: Was tut man mit den sozialdemokratischen Flugblättern, durch die Eure Angehörigen vergiftet werden? lautet: Man verbrennt sie! — In einer anderen Nummer drohte das Blatt den „Vollbesetzern“ und „laubenden Geldern“, sie könnten sich leicht bei ihrer Wiederkehr „eine Tracht Prügel holen“.

Diese Belegungen sind von der fanatisierten zentrumsgläubigen Bevölkerung des Kreises Wipperfürth prompt befolgt worden. Als unsere Genossen aus dem benachbarten Kreise Sollingen nach Erscheinen des Heftartikels ein Wahlflugblatt verteilten, wurden sie in der unflätigsten Weise beschimpft, bedroht und zum Teil mißhandelt.

In der Gegend von Reichen wurden zu verschiedenen Malen Hunde auf die Flugblattverteiler gehetzt; zumal taten sich die Frauen im Beschimpfen unserer Leute hervor. In Groß-Grünberg wurden unsere Genossen von den Bauern verfolgt und bedroht. In Rechen entgingen die Flugblattverteiler nur mit Mühe den Mißhandlungen. In den meisten Fällen wurden die Flugblätter sofort zerrissen oder verbrannt. Wiederholt wurde den Genossen in dem Gebiete von Dürscheid-Märkten Schläge angeboten. In der Gegend von Olpe und Dellwig wurden wiederholt Hunde auf die Verbreiter gehetzt. In der Gegend von Lindlar hatte man die Häuser verschlossen oder die Flugblattverteiler wurden hinausgeworfen und man versuchte, ihnen die Flugblätter zu entreißen. In Lunde verbrannte man die in einer Wirtschaft ausgelegten Flugblätter. Andertthalb Stunden lang wurden unsere Genossen von Bauern verfolgt. Hätten unsere Leute nur ein Wort auf die Beschimpfungen erwidert, so wären sie sicher halbtot geschlagen worden. Auf dem Wege nach Mittel-Weitenbach wurde einem Flugblattverteiler mit-

geleitet, der Pfarrer habe morgens gesagt, die Sozialdemokraten kämen; niemand dürfe auf die Straße gehen, alle Türen müßten geschlossen gehalten werden. Auf der Straße Dohrgaul-Grüelingsdorf waren denn auch vielfach die Türen verschlossen und zugleich hatte man die Hunde losgelassen. Aus der eigentlichen Wipperfürther Gegend wird ebenfalls das Zerreißen und Verbrennen der Flugblätter, das Nachsetzen von Hunden u. dergl. gemeldet.

Gewiß sehr schöne Erfolge der Merikalen Kulturarbeit! Die Zentrums-Presse hat ersichtlich allen Anlaß, sich der erzieherischen Tätigkeit ihrer geistlichen Parteigänger zu rühmen. Die christliche Gesittung bewährt sich vorzüglich.

Die Ergebnisse der Postkonferenz.

Am 7. und 8. Januar fand bekanntlich in Berlin eine Konferenz der Reichspostverwaltung mit Vertretern des Handels, der Industrie und Landwirtschaft statt, der die Aufgabe gestellt war, einige strittige Fragen des Postdienstes zu besprechen. Dem offiziellen Bericht über die Konferenz entnehmen wir das Folgende:

Die von der Post gewünschte Mitwirkung des Publikums bei der Ausfüllung von Posteinlieferungsformularen fand allgemeine Billigung. Es wurde für zweckmäßig und erwünscht erachtet, für die Geldeinzahlungen, sofern sie nicht mittels Posteinlieferungsbüchere oder Einlieferungslisten bewirkt werden, nur die neuhergestellten Formulare von Postanweisungen mit anhängendem Einlieferungsschein zu verwenden, und die Ausfüllung des Einlieferungsscheins wie bei den Zahlarten im Postüberweisungsverkehr dem Publikum zu übertragen. Eine Änderung des Preises der Formulare wird aus diesem Anlaß nicht beabsichtigt. Ebenso wurde es als ein Fortschritt begrüßt, daß in geeigneten Fällen die Ausfertigung von Posteinlieferungsscheinen dem Publikum überlassen werden soll. Es ist beabsichtigt, zu diesem Zweck besondere Posteinlieferungsscheine in Schwarzdruck herstellen und den Interessenten kostenlos zu überlassen. Die vom Publikum ausgefertigten Posteinlieferungsscheine beider Art sollen einen Abdruck des Tagesstempels erhalten.

Ferner wurde es als erwünscht bezeichnet, Uebereinkommen von Paketen auf besonderen Wunsch die Möglichkeit der Erlangung einer Einlieferungsbefreiung zu schaffen. Das von der Postverwaltung hierfür in Aussicht genommene Verfahren und die Erhebung einer Gebühr von 10 Pf. für jede Befreiung, die zutreffendenfalls mehrere zu einer Paketadresse vereinigte Pakete umfassen kann, wurde gebilligt.

Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die Behandlung der Chiffrebriefe. Es wurde als nicht erwünscht bezeichnet, die Benutzung von Chiffrebriefen auszuschließen oder auf volljährige Personen zu beschränken. Die Einführung von Postlagerarten zwecks Ausbändigung von Chiffrebriefen an bestimmte Personen fand Zustimmung. Solche Postlagerarten sollen bei jedem Postamt für dort abzuholende Uebersendungen gegen eine Gebühr von 25 Pf. auf die Dauer eines Monatszeitraumes ausgestellt werden. Der Inhaber erwirkt die Berechtigung zur alleinigen Empfangnahme von Sendungen, die unter der in der Karte angegebenen Adresse, zum Beispiel Postlagerkarte Nr. 42, Berlin W. 8, eingehen. Die Gültigkeit kann auf Wunsch gegen Entrichtung einer weiteren Gebühr um den gleichen Zeitraum verlängert werden. Die Karten werden nicht auf bestimmte Namen ausgestellt, der Antragsteller braucht sich über seine Person nicht auszuweisen.

Eine längere Erörterung entfiel sich über die im Postnachnahmeverkehr hervorgetretenen Mißstände. Die Vertreter waren in der Mehrheit der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf den Umfang, den der Postnachnahmeverkehr angenommen hätte, und auf die Schwierigkeiten, die sich in vielen Fällen der sofortigen Einlösung der Rechnungen durch die Empfänger entgegenstellten, ohne schwere Schädigung berechtigter Interessen wieder angängig sei, die Einlösungsfrist abzukürzen, noch die zweite Vorzeigung von der Entrichtung einer Gebühr durch den Empfänger abhängig zu machen. Dagegen bestand allgemeine Genehmigung, die Arbeitsleistung der Postverwaltung dadurch zu erleichtern, daß für eine Einziehung von Rechnungen und Paketen Formulare obligatorisch eingeführt würden, die aus der Rechnungskarte bezw. der Paketadresse und einer daran anhängenden Postanweisung bestehen.

Zum Schluß behandelte die Konferenz die Wiedereinführung des Postankunftstempels; von der Geschäftswelt wird dringend verlangt, daß der Ankunftstempel wieder eingeführt wird, während die Vertreter der Postverwaltung ausführten, die Aufhebung des Stempels sei von wesentlicher Bedeutung für die Beschlagnahme und Sicherstellung der Ausbändigung der Briefe gewesen. Die Beschlagnahme habe bis 20 Minuten betragen. Bei vielen Postanstalten würden nunmehr Briefe in frühere Poststellungen hineingegeben. Die Postverwaltung habe den Angaben der Handelskammern, die den Ankunftstempel insbesondere der Kontrolle wegen reklamierten, volle Würdigung zugewendet. Sie habe aber nicht weiter gehen können, als den Ankunftstempel bei Einschreib- und Silberbriefsendungen, die sowieso einer besonderen Behandlung bedürften, wieder einzuführen.

Die Reichspostverwaltung behielt sich nochmalige Prüfung und definitive Stellungnahme vor.

Patriotische Entrüstung.

Der Ring der Brauereien in Braunschweig hat, um den zwölfwöchigen Bierboycott mit all seinen Schäden für die Brauereibesitzer zu Ende zu bringen, mit der sozialdemokratischen Parteileitung und dem Gewerkschaftsrat einen Vertrag abgeschlossen, nach dem das Bier im Austausch die alten Preise behält, die es vor dem Bierstreik hatte, und ferner die Brauereien sich verpflichteten, einer zu gründenden Volkshaus-Gesellschaft G. m. b. H. zur Erbauung eines großen Versammlungsraumes 10000 M. Einlagekapital und 70 000 M. Baualkapital zu zahlen. Darüber sind die „Nationalen“ rein aus dem Häuschen. In der Braunschweiger bürgerlichen Presse heulten die Reichsverbändler förmlich vor Wut. Sie forderten die guten Bürger auf, das Bier der Vertragsbrauereien zu boykottieren. Allein der Durst der Epicheer ist größer als ihr Haß gegen die Arbeiter. Der Boykott zieht absolut nicht.

Gleichzeitig drohten die reichsverbändlersischen Kämpen, die Aktionäre der Brauereien persönlich anzufassen. Soweit sie — Reserve-Offiziere seien, würde gegen sie als solche vorgegangen werden, denn es könnte doch nicht angehen, daß königlich-preussische oder herzoglich-braunschweigische Reserve-Offiziere ungestraft die Sozialdemokratie unterstützen dürften. Tatsächlich erhebt längst einige Ausschüßratsmitglieder der Brauereien, die zugleich Reserve-Offiziere sind, die Aufforderung, entweder aus dem Ausschüßrat der antägigen Brauereien auszuscheiden, oder eines ehrengerichtlichen Verfahrens gewärtig zu sein.

Kraßeres Terrorismus! Die Ausschüßratsmitglieder der Brauereien sollen von dem Reserveoffiziersdreck befreit werden, nur weil sie der Rot gehorchen, nicht dem eigenen Triebe, der Verschlingung eines Vertrages mit den Arbeitern zuzustimmen, um den sonst unermesslichen weiteren wirtschaftlichen Schaden durch den Bierkrieg von sich abzuwenden.

Die Abmachung mit den Brauereien kann nur nicht rückgängig gemacht werden, denn die Volkshausgesellschaft ist längst gerichtlich

eingetragen und das Kapital der Brauereien ist bei einem Bankhaus festgelegt.

Eine Offiziersbeleidigung.

Der verantwortliche Redakteur Hermann Müller von der „Leipziger Volkszeitung“ wurde wegen Beleidigung des Regimentskommandeurs v. Odeleben und des Leutnants Barneboldt zu 400 M. Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Am 9. Juli v. J. brachte die „Volkszeitung“ aus der Feder eines Landwehrmannes eine Schilderung der Kasernenfreuden, in der die Beschäftigung des Urlaubs, der Kirchgang, ganz besonders aber die Feuerlöschübung, kritisiert wurde, die die Landwehrmannschaften in der letzten Nacht vor ihrer Entlassung zu machen hatten. Nach dieser Meldung unterstellten sich die Leute noch im Schlaftaak, ein Leutnant gebot Ruhe und ließ die Leute wieder aufstehen, um angeblich Ruhe zu schaffen. Darüber sind die Mannschaften entrüstet gewesen. Das Regiment fühlte sich durch die Darstellung und Kritik dieser Dinge beleidigt und die Verhandlung endete, wie bereits bemerkt, mit der Verurteilung Müllers zu 400 M. Geldstrafe.

Weitere Maßregelungen in Rattowik.

Die Maßregelungen wegen polnischer Abstammung greifen jetzt auch auf Privatbetriebe über. Wie der „Oberschlesische Courier“ meldet, wurde von den Hohenlohe-Werten dem Marktscheiderrassistenten Wenzel wegen seiner Abstammung bei den Rattowiker Stadtverordnetenwahlen gefündigt. Es sollen noch weitere drei Beamte der Hohenlohe-Werte gemahnt werden; diese Beamten haben aber sechs-wöchige Kündigung, die erst am 15. Februar auf 1. April erfolgen kann.

Frankreich.

Für die Sonntagsruhe.

Paris, 10. Januar. Gestern nachmittag veranstalteten die Angestellten der Kolonialwarengeschäfte große Kundgebungen wegen des Labenschlusses. Eine Gruppe von circa 30 Kundgebern, welche versuchten, eine Kolonialwarenhandlung zu stürmen, wurde von der Polizei zerstreut. Hierbei wurden drei Personen verletzt. Eine andere Gruppe, bestehend aus mehreren hundert Kundgebern, wurde in der St. Antoinestraße von der Polizei zerstreut. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

England.

Die Auflösung des Parlaments.

London, 10. Januar. Der König unterzeichnete heute nachmittag in dem Ministerrate, der im Buckinghampalast stattfand, die Proklamation, durch die das Parlament formell aufgelöst wird. Das neue Parlament wird am 15. Februar zusammentreten.

Die Proklamation wurde gleich nach der Unterzeichnung durch den König der Kronkanzlei übergeben, welche sofort mit der Ausgabe der Parlamentswahlbefehle begann. Ein neuer charakteristischer Zug bei dieser Ausgabe war der Gebrauch von Motorwagen, welche die Wahlbefehle den um London gelegenen Bezirken übermittelten. Auf diese Weise wurden 88 Wahlbefehle befördert. Der Rest wurde durch die Post versandt. Chamberlain wird als einer der ersten, da kein Gegenkandidat aufgestellt ist, als Vertreter des Wahlkreises West-Birmingham in das Parlament zurückkehren.

Die Wahlbewegung.

London, 9. Januar. In der vergangenen Woche haben in ganz England rund 20 000 Wahlversammlungen stattgefunden. Mit dem gestrigen Tage hat die Beteiligung der Peers am Wahlkampf ihr Ende erreicht, da die Peers sich nach dem Erfolg des Parlamentswahlbefehls, der morgen ergehen wird, nicht mehr öffentlich am Kampfe beteiligen dürfen. Gestern haben noch zahlreiche Peers öffentlich gesprochen. Viele von ihnen fanden dabei einen feindlichen Empfang, so der Herzog von Norfolk, der erste Peer Englands, der in Wrexham durch fortwährende Unterbrechungen am Sprechen verhindert wurde, und Lord Northampton in Hornsey (London), der unter politischer Bedeckung sich zurückziehen mußte, da die Menge die Rednertribüne fürchte.

Parlamentssekretäre in der Admiralität Macnamara sagte in Camberwell, er bedaure, daß die Lords nicht länger in der Öffentlichkeit erschienen, da ihre Reden die Behauptung der Radikalen beweisen, daß das Haus der Lords eine untaugliche Einrichtung sei. — Handelsminister Churchill hielt eine Rede in London, in der er ausführte, das Oberhaus habe ausgedient. Es sei veraltet, es bilde einen Anachronismus, der nur noch den vernichtenden Schlag erwarde, um für immer beseitigt zu sein. — Staatskanzler Lloyd George sprach in Plymouth vor 11 000 Personen. Er bewies, daß die Regierung im Jahre 1909 fast drei Millionen Mehrausgaben für die Flotte aufgewandt habe, und im nächsten Jahre noch viele Millionen mehr aufwenden werde. Nachdem er dann noch das englische und das deutsche Steuersystem gegenübergestellt und die britische und die deutsche Exporte und die britische und die deutsche Schiffahrt verglichen hatte, ließ er seine Rede in den Gedanken ausklingen, daß die Heimat von Sir Francis Drake nicht ein Land sei, in dem man sich vor den deutschen Schiffbauern fürchte. In einem anderen Orte sagte Lloyd George, seine Rundreise durch das Land habe ihm die Gewißheit gegeben, daß die Liberalen dem Siege entgegengingen.

Die Fabrier und die Wahlen.

London, 8. Januar. (Fig. Ver.) Die laufende Nummer des Organs der Fabian Society enthält folgende Betrachtungen und Maßschläge betreffend die kommenden Wahlen: Der Vorstand hält es für unnötig, einen langen Wahlauftrag zu erlassen. Er wünscht hauptsächlich, die Fabrier davor zu warnen, die Wichtigkeit der Frage des Hauses der Lords zu unterschätzen. Die Sozialisten dürfen mit Recht den Anspruch erheben, daß sie es konsequent abgelehnt haben, durch konstitutionelle Bedenken in Mitleidenschaft zu werden, und daß sie erkannten, die wirkliche Konstitution besteht in der Summe von Macht, die im Lande wirklich ausgeübt wird.

Wenn das Haus der Lords sich erhebt, den Etat abzulehnen und eine Parlamentsauflösung zu erzwingen, und wenn das Land durch die Wahlergebnisse die Handlungsweise der Lords unterstützt, so wird schon durch diese Tatsache allein die Handlungsweise der Lords verfassungsmäßig — trotz aller papierernen Proteste der geschlagenen Partei.

Die Dauerhaftigkeit unserer Einrichtungen oder die Oberherrlichkeit des Unterhauses wurde zuerst in Frage gezogen, als die Landarbeiter im Jahre 1835 das Wahlrecht erhielten; und seit den letzten Wahlen (1906), seitdem eine wachsende Arbeiterpartei im Unterhause erschienen ist, ist die Propaganda für die Abkehr zur oligarchischen und autoritären Regierungsweise ganz unverhüllt hervorgetreten und beliebt geworden. Die Bewegung: „Hura auf die Zeit von vor 1832“ ist jetzt in voller Entwicklung, und die Ablehnung des Etats durch die Lords ist ein Versuchsdasson, um auszufinden, wie weit diese Bewegung nach rückwärts gehen darf. Ist dieser Versuch erfolgreich, ist die Zusammensetzung der Kräfte zur Verteidigung der Demokratie

nicht entschieden genug, so wird die Reaktion so früh werden, daß der Sozialismus ganz in den Hintergrund gedrängt werden wird von der Notwendigkeit, nicht nur das Wahlrecht zu schärfen, sondern sogar die Freiheiten, die in der Revolution gewonnen wurden, zu verteidigen.

Es ist deshalb tatsächlich wichtiger für die Sozialisten als für die Liberalen, daß die Lords bei den kommenden Wahlen geschlagen werden. Alle anderen Wahlforderungen sind falsch. Aber die Frage, ob die demokratische Regierung des Unterhauses oder die oligarchische Regierung des Lords den Mittelpunkt der Staatsmacht bilden soll, ist die wahre, wirkliche und entscheidende Frage.

Unsere Schlussfolgerung ist, daß es die unabweisbare Pflicht jedes Fabriers ist, eifrig dafür zu arbeiten, daß der Anspruch der Lords und jeder Kandidat, der diesen Anspruch unterstützt, geschlagen werden. Wo ein regelrecht aufgestellter Arbeiter- oder sozialistischer Kandidat aufgestellt ist, dort ist es selbstredend unsere höchste Pflicht, für dessen Sieg zu wirken. Wo aber ein solcher Kandidat nicht aufgestellt ist, dort soll der Wähler seine Stimme so abgeben, daß sie zur Niederlage der Lords beiträgt.

Wahlausichten.

London, 9. Januar. Der konservative „Observer“ gibt eine Anzahl von Berechnungen wieder, die von Experten der beiden Parteien über die Wahlausichten angestellt worden sind. Er weist dabei auf die bedeutenden Unterschiede in den Resultaten hin, zu denen die Verfasser gelangt sind. Ein Konservativer sage eine Majorität von neunzig, ein anderer eine von vierzig Stimmen für die Konservativen voraus, ein dritter berechne für die jetzige Regierung eine Majorität von sechzehn Stimmen. Ein Radikaler glaube, die Regierung werde zweihundert, ein zweiter, sie werde hundertzehn Stimmen Majorität bekommen, während ein dritter fürchte, daß die Konservativen mit acht Stimmen siegen würden. Der „Observer“ schließt mit der Bemerkung, daß die öffentliche Meinung Englands sich am Vorabend der Wahlen niemals so im Unklaren über ihren Ausfall befunden habe, wie gerade jetzt.

Türkei.

Die Ministerkrise.

Konstantinopel, 10. Januar. Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen wird der Großwesir Hakkı voraussichtlich das Ministerium des Aussenwesens, der Generalissimus Mahmud Schewket das Ministerium des Krieges und der jungtürkische Abgeordnete Emrullah das Ministerium des Inneren übernehmen. Die jungtürkischen Minister Dschawid, Talat und Halidjan dürften im Amte bleiben. Die offizielle Ministerliste wird morgen erwartet.

Amerika.

Die Arbeiterpartei gegen den Stahlstraf.

New York, 10. Januar. „Financial News“ meldet: Die Führer der Arbeiterpartei haben den Präsidenten Taft in einer Petition gebeten, eine Untersuchung über die Manipulationen des Stahlstrafs zu veranlassen. Die Arbeiterfrage beunruhigt außerordentlich. Man meldet, daß die Zunderminen von Butte mit dem Gedanken umgehen, ihren Betrieb wegen der bestehenden Schwierigkeiten mit ihren Arbeitern einzustellen.

Aus der Partei.

Ein Volkshaus

Ist am Sonntag in Brandenburg eingeweiht worden. Das „Lokal-„Stadtpart“ ist dort in den Besitz der Arbeiterorganisationen übergegangen. Es ist im Herzen der Stadt gelegen und das Grundstück bietet die Möglichkeit zur Errichtung weiterer Räumlichkeiten, wenn die jetzt in Benutzung genommenen einmal für den Verkehr der Arbeiterklasse zu klein werden sollten. Zunächst wird eine Herberge für die reisenden Genossen errichtet, in einigen Monaten soll sie vollendet sein.

Bei der Feier, die im überfüllten Saale des neuen Heims stattfand, sprach Genosse Brachwitz im Namen der Geschäftsleitung; Genosse Redakteur Baron trug einen von ihm verfaßten Prolog vor, Genosse Fischer sprach für das Gewerkschaftsstatut, als Redner der politischen Organisation traten Genosse Sydow und der Reichstagskandidat Genosse Peus auf. Außerdem wurden Begrüßungsreden gehalten von Vertretern des Rathenower Wahlvereins und der Rathenower Gewerkschaften sowie vom Genossen Parteisekretär Richard Schmidt aus dem Provinzialvorstande.

Ein Sozialistenbegräbnis in Oberschlesien.

Das Leichenbegängnis eines verunglückten Proletariats in Schöntenichow gestaltete sich zu einer großen Demonstration. Die Direktion des Bergwerks, auf dem der Verunglückte beschäftigt war, stellte die Ruhestätte gratis und kommandierte die Verlegung zur Teilnahme am Leichenzug, machte jedoch zur Bedingung, daß keine roten Schleiern getragen werden. Als dennoch rote Schleiern am Friedhof aufzutauchen, hörte die Ruhestätte auf zu spielen und die kommandierten Arbeiter lehrten um. Außer ihnen folgten aber an 3000 Genossen und Genossinnen dem Sarge. Die Polizei benahm sich korrekt, auch als ein Genosse die Grabrede hielt, erfolgte keinerlei Störung.

„Korrespondent“-Neutralität.

Im „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker“ findet sich folgende fleckige Briefkastennotiz: „Feiger Anonymus in Dresden: Auf solche Schweine wie Sie kann die Sozialdemokratie stolz sein. Legen wir's zu dem übrigen.“

Partei und Gewerkschaften in Amerika.

Als ein erster Erfolg der neuerlichen Annäherungsversuche zwischen Partei und Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten kann es angesehen werden, daß eine große Anzahl von Gewerkschaftsorganisationen um die Entsendung sozialistischer Redner ersucht hat. Diese Frage wurde daher auf der kürzlich in Chicago abgehaltenen Konferenz des Nationalrats der sozialistischen Partei eingehend geprüft, und es sind besondere Agitatoren für die Agitation unter den Gewerkschaften freigestellt worden, und zwar zunächst unter solchen Gewerkschaften, denen die betreffenden selbst als Mitglieder angehören. Vielfach berufen die Gewerkschaften auch schon besondere Mitgliederversammlungen ein, in denen — ganz gegen frühere Gewohnheit — sozialistische Vorträge gehalten werden.

In verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten haben sich sozialistische Gruppen zur Errichtung und zum Betriebe von Kinetographentheatern gebildet, in denen vornehmlich in agitatorischer und erzieherischer Weise im Sinne des Sozialismus auf die Besucher eingewirkt werden soll, ohne daß dabei das Unterhaltungsbedürfnis zu kurz kommt. Einige seit mehreren Monaten bestehende Theater sollen in jeder Beziehung befriedigend arbeiten.

Soziales.

Heimarbeiter haben ein gesetzliches Recht auf Kündigungsfrist. Es lagte gestern vor der Kammer 1 des Gewerbegerichts die Hofenschepperin H. gegen den Inhaber einer Arbeitsstube, Janowski, auf Zahlung einer Entschädigung von 55,25 M., weil sie nach

1½tägiger Beschäftigung kränkelnd entlassen worden ist. Die beanspruchte Entschädigungssumme soll ihrem bisherigen Durchschnittsverdienst für 14 Tage entsprechen. Vom Beklagten wurde als Einwand geltend gemacht, daß er beim Engagement ausbedungen habe, die Klägerin müsse täglich 6 bis 7 Hosen anfertigen; das habe aber die Klägerin nicht leisten können. Hierbei sei er der Ansicht, daß Heimarbeiterinnen auf Kündigungsfrist keinen Anspruch haben und eine solche sei nicht vereinbart worden.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 19,20 M. Selbst wenn man der Ansicht ist, hieß es in der Begründung, daß Heimarbeiter nicht als gewerbliche Arbeiter im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung zu betrachten seien, so haben diese doch nach § 623 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anspruch auf eine zweiwöchentliche Kündigungsfrist. Der Einwand der Nichterfüllung einer für den Arbeitsvertrag gestellten Bedingung (Lieferung von 6 bis 7 Hosen pro Tag) konnte als stichhaltig nicht erachtet werden, da sich nach Ansicht des Gerichts bei einer neu eintretenden Arbeiterin nach einer Beschäftigung von 1½ Tagen bestimmte Schlüsse in bezug auf ihre Leistungsfähigkeit noch nicht ziehen lassen. Ein Grund zur Entlassung war demnach nicht gegeben. Ebenso konnte aber das Gericht keinerlei Schlüsse auf den Verdienst der Klägerin ziehen; es konnte derselben deshalb nur eine Entschädigung für 14 Tage in Höhe des ortsüblichen Tageslohnes von 1,00 M. pro Tag = 19,20 M. ausgesprochen werden und mußte die Mehrforderung abweisen.

Erfüllung der Wartezeit für Altersrentner.

Altersrentnerauswärtiger, welche im Laufe des Jahres 1910 ihr 70. Lebensjahr vollenden, haben an Beitragswochen mindestens nachzuweisen, wenn sie nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt waren:

- a) als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Diensthoten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte . . . 700—800 Beitragswochen,
- b) als Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation . . . 720—760 „
- c) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894 . . . 614—654 „
- d) als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1898 . . . 560—600 „
- e) als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Gesellschafterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet u. dergl. . . 400—440 „

Für verrückt erklärt!

Die „Stolper Neuesten Nachrichten“ berichten über folgende geradezu empörende Behandlung einer Volksschullehrerin:

„Im Jahre 1907 wurde die bis dahin bestbewährte Lehrerin Alice Horn an die Volksschule in Hammermühle berufen. Das erste sei gewesen, daß die ihr zustehende Lehrerinnenwohnung ihr vorenthalten und einer Schwägerin des (damaligen) Hauptlehrers überlassen wurde. Als Wohnraum sei ihr der seitherige Schlafraum der Familie angewiesen worden. Nachdem der Hauptlehrer verstorben war und sein Amtsnachfolger die Dienstwohnung bezogen hatte, habe dieser verlangt, daß sie die Schlafstube räume, und erklärt, falls sie mit einer anderen ihr zu beschaffenden Wohnung fürlieb nehmen wolle, werde man dafür sorgen, daß sie recht bald die Feuerungszulage bekomme, wogegen sie jedoch protestierte. Es sei zu Reibereien gekommen; schließlich sei Medizinalrat Dr. Häuber aus Adlitz zwecks Untersuchung ihres Geisteszustandes erschienen und habe erklärt, daß sie geisteskrank sei und an unheilbarer, chronischer Verrücktheit mit Wahnideen der Beeinträchtigung und Verfolgung leide. Die Regierung hat ihr nahegelegt, sie möge sich pensionieren lassen, was sie jedoch ablehnte, da sie gesetzlich noch nicht pensionsberechtigt sei. Die Regierung habe ihr dann einen Pfleger bestellt, das Amtsgericht zu Rummelsburg es jedoch abgelehnt, dem Gesuch stattzugeben, da nach den vorausgegangenen Verhandlungen mit Frl. Horn „eine Verhinderung mit dieser sehr wohl möglich sei“. Das Landgericht Stolp habe dagegen die Bestellung eines Pflegers veranlaßt, wobei der Lehrerin aufgegeben wurde, sich zwecks Untersuchung ihres Geisteszustandes in eine Anstalt zu begeben. Sie habe sich in die psychiatrische Abteilung der Universitätsklinik in Leipzig begeben, die nach sechs-wöchiger Beobachtung das folgende Attest ausstellte:

Leipzig, den 10. September 1909.

Neurologisches Zeugnis.

Die unterzeichnete Direktion bestätigt, daß Frl. Alice Horn während der Dauer ihrer Beobachtung in der Psychiatrischen und Nervenambulanz der Universität zu Leipzig keine Symptome einer akuten Geistesstörung gezeigt hat. Die bei ihr vorliegende Neuroasthenie erscheint mit der Ausübung ihres Berufes nicht unvereinbar.

Die Direktion der Psychiatrischen und Nervenambulanz der Universität

ges. Flecksig.

Professor Flecksig erklärte ihr zur Beruhigung noch persönlich ausdrücklich, sie brauche sich über ihren Geisteszustand keinerlei Sorge zu machen, sie sei vollkommen normal. Allerdings sei sie etwas neurotisch (nervenschwach), könne aber deshalb sehr wohl weiter unterrichten. Dieses Attest reichte Frl. Horn dem Amtsgericht zu Rummelsburg ein, worauf es die Bestellung eines Pflegers nochmals ablehnte, da es die Lehrerin für gesund erachtete. Gegen diese Entscheidung erhob die Regierung jedoch erneut Beschwerde beim Landgericht Stolp, und dieses machte geltend, daß das Attest aus Leipzig für die Beurteilung des Geisteszustandes seitens des Medizinalrats Dr. Häuber nicht maßgebend sei, da diesem das Aktenmaterial vorgelegen habe. Es wurde ihr nun wiederum empfohlen, sich nunmehr endlich pensionieren zu lassen, die Regierung wolle ihr die höchste Pension bewilligen. Schließlich habe sie darin eingewilligt und darauf das nachstehende Schreiben vom Ministerium in Berlin erhalten:

Berlin W. 64, den 1. November 1909.

Unter den Linden 4.

Sehr geehrtes Fräulein Horn!

Damit Sie sehen, wie unrichtig Sie die königliche Regierung beurteilen, teile ich Ihnen auf Ihre Zuschrift vom 30. Oktober d. J. mit, daß die R. Regierung Ihre Pensionierung mit einem Gesamtbetrag an Pension und laufender Unterhaltung von 900 M. jährlich warm befürwortet und der Herr Minister sie bereits genehmigt hat. Die amtliche Nachricht dürfte in Kürze an Sie gelangen. Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß nunmehr alle Kämpfe und Sorgen von Ihnen genommen sein mögen,

ergebenst

Altman,

Geh. Oberregierungsrat.

Der Lehrerin wird das 100. Zulommende vorenthalten. Sie ihren Anspruch erhebt, wird die geistig völlig gesunde Dame von einem Medizinalrat für verrückt erklärt und die geistig Gesunde schließlich moralisch gezwungen, sich pensionieren zu lassen. Keine preussische Schulzustände.

Der Kreiswahlverein von Niederbarnim

nahm in seiner Generalversammlung, die am Sonntag in Nummelsburg abgehalten wurde, den Bericht seiner Delegierten vom preussischen Parteitag entgegen.

Der erste Berichterstatter, Genosse Bühler, verbreitete sich über die Verhandlungen, die den Geschäftsbericht der Landeskommission und den Bericht der Landtagsfraktion betrafen.

Der Bericht des zweiten Delegierten, Genossen Kuth, erstreckte sich auf das Kommunalprogramm und die Wahlrechtsfrage. Zur Wahlrechtsfrage sagte der Redner, die Verhandlungen hätten ihn enttäuscht. Er habe erwartet, daß uns klar und bestimmt angegeben worden wäre, was wir zu tun und welche Mittel wir anzuwenden hätten, um den Wahlrechtskampf mit Erfolg zu führen.

Genossin Mirus berichtete über den letzten Punkt der Verhandlungen des Parteitages: Die Verwaltung in Preußen.

Darauf gab Genosse Sonnenburg den Bericht der Mandatprüfungscommission. Anwesend sind 64 Delegierte, 21 Bezirksleiter, 17 Mitglieder des Kreisvorstandes. Es fehlen 13 Delegierte, und zwar je 2 aus Bernau, Nummelsburg, Weihensee und Niederbarnim (von letzteren ist einer entschuldigt).

Da sich zur Diskussion über den Parteitagbericht niemand meldete, so konstatierte der Vorsitzende Bühler, daß die Versammlung mit den Beratungen und Beschlüssen einverstanden sei.

Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Versammlung, in diesem Jahre ein Sommerfest für den ganzen Kreis zu veranstalten.

Zum Schluß verwies der Vorsitzende auf die Einmütigkeit, mit der der Parteitag seine Aufgaben gelöst habe. Zum Zweck der praktischen Durchführung des Kommunalprogramms werde der Vorstand eine Sitzung der Gemeindevertreter des Kreises veranstalten. Das beste Kommunalprogramm sei, wie Genosse Singer gesagt habe, daß jeder die an ihn heranretenden Fragen vom Standpunkte des Sozialdemokraten prüfe. Das treffe nicht nur für die Gemeindevertreter zu, sondern in diesem Sinne müßten alle Genossen handeln, die im öffentlichen Leben stehen.

Professor Dr. Ruhland gegen Professor Dr. Biermer.

Der Verleibungsprozess des Professors Dr. Ruhland gegen den Professor Dr. Biermer-Giechen gelangte gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I in zweiter Instanz zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Neuenfeld, dem Privatkläger stehen die Rechtsanwälte Kurt Ulrich-Berlin und Dr. Puy-München zur Seite, der Angeklagte wird durch Rechtsanwalt Leop. Gottschall verteidigt.

Kleines feuilleton.

Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts. Schon seit längerer Zeit sind Vorlesungen im Gange, den Kinematographen als Unterrichtsmittel und Bildungsmittel fruchtbar zu gestalten. Die Direktion der Urania, die sich diesen Vorlesungen angeschlossen hat, veranstaltete am 8. d. M. vor einem geladenen Publikum durch den Oberlehrer Dr. Drießen-Charlottenburg, einem Hauptvertreter der kinematographischen Lehrmethode, einen Demonstrationsvortrag, der den Nachweis für den Wert des Kinematographen als Forschungs- und Unterrichtsmittel liefern sollte.

Der Besuch in Jexien. Der Besuch hat in den letzten Jahren weit mehr als in früheren Jahrzehnten dafür gesorgt, seine Umgebung in Atem zu halten. Der große Ausbruch im Jahre 1906 scheint aber die Gefühlsregung des Volkes wesentlich geändert zu haben, wie immer noch einer starken Entladung eine Zeit der Ruhe einzutreten pflegt.

ärztlichen Attestes, von seiner Vernehmung als Sachverständiger abzusehen, da der zweitägige Aufenthalt in dem kleinen Gerichtszimmer bezw. auf dem Korridor ihm schädlich sein würde. Das Gericht beschließt, Herrn Professor Dr. v. Schmoller morgen als sachverständigen Zeugen zu vernehmen, und zwar mit Rücksicht auf die Eröffnung des Herrenhauses, dessen Mitglied er ist, gleich zu Beginn der morgigen Sitzung.

Auf die Frage des Vorsitzenden nach der Möglichkeit eines Vergleichs erklärt Professor Dr. Biermer, daß er bereit sei, verschiedene Ausdrücke in seiner Streitschrift, die in dem Urteil erster Instanz als zu weitgehend bezeichnet worden sind, zurückzunehmen, von dem materiellen Inhalt der Schrift aber nichts zurückzunehmen könne. Der Privatkläger erklärt, auf dieser Grundlage zu einem Vergleich nicht bereit zu sein.

Grundlage der Privatklage ist, wie unseren Lesern erinnerlich, die von Professor Dr. Biermer vor Jahren herausgegebene Streitschrift „Ruhland, Köhler-Langsdorf u. Co.“ In derselben wird u. a. ausgeführt: In Preußen, insbesondere in der Nationalökonomie und Theologie gebe es Straßprofessuren, um auf den Universitäten die freihändlerischen Regungen nicht aufkommen zu lassen, trotzdem sei es dennoch

Prof. Ruhland

nach nicht gelungen, in Preußen einen Lehrstuhl zu finden. Ruhland sei viele Jahre hindurch Freihändler, Goldwährungsmann und Güterzenträmmer gewesen, der im Auftrage eines Großindustriellen, der auch Großgrundbesitzer werden wollte, zahlreiche Bauerngüter für diesen aufgekauft habe. Er habe seinerzeit der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ den Vorschlag gemacht, eine Antiagrarliga zu gründen, sei aber mit diesem Vorschlag herauskomplimentiert worden. Mithin sei er dann mit einer Broschüre über die Notlage der Landwirtschaft hervorgetreten, in welcher der Freihandel heftig bekämpft wurde, sei für Doppelwährung eingetreten und habe den Antrag Kaniy als unerläßliche Forderung seines Agrarprogramms bezeichnet.

Die auf Grund dieser Streitschrift angestregte Privatklage endete im November 1908 damit, daß das Schöffengericht nach zweitägiger umfangreicher Verhandlung den Angeklagten der Verleibung für schuldig, aber für straflos erklärte und die gerichtlichen Kosten des Verfahrens jeder Partei zur Hälfte auferlegte. Das Schöffengericht erzwang bei seinem Urteil, daß die Biermerische Streitschrift vom 7. Februar 1903 unmittelbar als Entgegnung auf die durch den Privatkläger in seinem Aufsatz in den „Giechener Neuesten Nachrichten“ am demselben Tage erfolgte Verleibung in der durch diese Angriffe hervorgerufenen Erregung geschrieben sei.

Gegen das schöffengerichtliche Urteil ist vom Privatkläger Berufung eingelegt worden.

Nach Verleibung der gesamten Streitschrift des Professors Biermer erklärt dieser die Gründe, die ihn zu der Abwehrschrift bewegen haben. Er behauptet, daß nur Zweckmäßigkeitserwägungen den Professor Ruhland bewegen haben können, seine nationalökonomischen Ansichten so plötzlich ins Gegenteil umzuwandeln, wie es Ruhland getan. Dieser sei von Herrn Köhler-Langsdorf als agrarischer Professor der Nationalökonomie für Giechen lanciert worden, nachdem ein ähnlicher Versuch schon in München gemacht worden war. Ruhland sei der Zukunftskandidat für eine agrarische Professur, und dies sei ihm, dem Angeklagten, bekannt gewesen, als er den plötzlichen Ueberfall des Herrn Köhler-Langsdorf zurückschicken mußte. Es seien bei Prof. Ruhland zwei Perioden zu unterscheiden. Herr Ruhland, der ursprünglich Landwirt gewesen, habe seinerzeit zweifellos in erster wissenschaftlicher Weise zu den ökonomischen Problemen Stellung genommen. Es geschah dies in der zweifellos freihändlerischen und manchesterlichen Wis-

sen Zeitschrift, und darin wurden manchesterliche Gedanken in durchaus wissenschaftlicher Weise begründet. In dem 1894 erschienenen „Leitfaden der Agrarpolitik“ geschah dies neben anderen Schriften und Artikeln. Ruhland habe in dieser Periode antichristliche und antimaterialistische Ansichten vertreten und sich beispielsweise auch die „Frankfurter Zeitung“ ausgesucht, um in einem Artikel die Berechtigung der bimetallicischen Anschauungen zu bestritten. Ein Jahr später erschien plötzlich die Schrift des Privatklägers: „Die internationale Notlage der Landwirtschaft“, in welcher er den Antrag Kaniy „als eine unerläßliche Forderung seines Agrarprogramms“ bezeichnete, während er ein Jahr vorher die Erhöhung der Getreidepreise im Wege des Protektionismus als total verkehrt erklärt hatte. In diese Zeit falle die wichtige Tatsache, daß Ruhland zu dem leitenden Chefredakteur der „Frankf. Ztg.“, Dr. Defer, ging und in einer Unterredung vorschlug, man möge eine Liga bilden in Süddeutschland mit Tendenzen, die das Gegenteil von dem darstellten sollten, was der Bund der Landwirte erstrebe. Wenn man keine andere Tatsache als diese Wandlung kennen lernen würde, so würde man sie auch schon als durch äußere Gründe erklärbar auffassen können. Der Angeklagte verweist in seinen weiteren Darlegungen auf die Tatsache, daß angesichts des Erodus der acht Professoren aus der Dominikanerlehreanstalt in Freiburg in der Schweiz der Privatkläger als Protestant sich nicht gemeldet habe, einen Ruf an diese stiftungsmäßig katholische Hochschule anzunehmen — an dieser Hochschule, die eine Drucksäule polnisch-französischer Verhöhnung gegen das Deutsche Reich sei. Die Wandlungen seien ganz überragend und für ihn lägen mehrere Momente vor, die ihn zu der Annahme berechtigten, daß äußere Gründe maßgebend für die Wandlung waren.

Der Privatkläger Prof. Ruhland wies alle in der Biermerischen Broschüre gegen ihn erhobenen Vorwürfe entschieden als unberechtigt zurück. Er habe sein ganzes Leben als glücklicher Herr diejenige Ansichten vertreten, die er auf Grund seiner Erfahrungen als die richtigen erkannt habe. Keuchere Momente hätten auf die Gestaltung seiner Ueberzeugungen niemals maßgebend eingewirkt. Er habe aus seiner praktischen Erfahrung heraus den Vertriebsbegriff gefunden, den er in seiner nationalökonomischen Methode vertrete. Er sei nie ein angelegener Freihändler in dem Sinne gewesen, wie er von der Wissenschaft mit diesem Worte verbunden wird, er sei nie extrem für Schutzoll oder für Freihandel eingetreten, sondern habe immer eine mittlere Linie innegehalten. Er wolle den Freihandel der Grundstücke befeitigt wissen und die Ansicht vertreten, daß die Schutzölle wohl einmal notwendig sein können, aber kein Heilmittel, sondern nur ein Vordringemittel seien. Dies sei in seinen Schriften stets zum Ausdruck gekommen. Eine Wandlung in seinen Anschauungen sei mit seinen Beziehungen zu dem Bund der Landwirte keineswegs eingetreten. Er habe seiner Anschauung, daß unter Umständen Zölle notwendig seien, vorher schon in ähnlicher Weise Ausdruck gegeben, insbesondere auch im Jahre 1888, als er von seiner Reise durch die Getreideländer der Welt zurückkehrte und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einen kurzen Bericht erstattete. Auch dort schon habe er sich für Schutzölle ausgesprochen, als an den Bund der Landwirte noch nicht zu denken war. Er habe seine wissenschaftliche Ueberzeugung stets festgehalten, sich auch nicht für den Antrag Kaniy erklärt, sondern für den modifizierten Antrag Kaniy, der seinen Anschauungen entsprochen habe. Auch im Bunde der Landwirte habe er seine Anschauung in Bezug auf die Frage der Gold- und Doppelwährung durchaus nicht ausgegeben. Der Privatkläger verwarf sich ferner gegen den in der Broschüre erhobenen Vorwurf, daß er als Gatedirektor für Herrn Schmidtmann in Pinzgau bei der „Gatedirektoren“ desselben mitgewirkt habe. Es habe bei dem Schmidtmannischen Unternehmen ein Ausnahmefall vorgelegen, der erste Versuch eines Großbetriebes, bei dem die Interessen der Bauern durch und nicht zu Schaden kamen, denn dabei kam es gleichzeitig darauf an, die Bauern aus einer drängenden Schuldenlast herauszureißen. Er habe sich bei dem Ankauf der Bauerngüter nur beteiligt, soweit die Waidinger Sumpfe in Frage kamen. Dabei handelte es sich darum, durch große Geldaufwendungen aus einem Sumpfsgebiet Wiesen zu schaffen. Aus der Stellung als Gatedirektor sei er ausgeschieden, als er sich als Privatdozent etablieren wollte. Es sei auch ganz unrichtig, wenn behauptet werde, daß er nachträglich in mehreren Veröffentlichungen Herrn Schmidtmann bloßgestellt und damit einen Vertrauensbruch gegen diesen begangen habe. Für die „Frankfurter Zeitung“ habe er nur landwirtschaftlich-technische Artikel geschrieben. Er habe sich niemals als Mitarbeiter einer sozialdemokratischen Zeitung angeboten,

saal einen so guten Griff getan, daß selbst für den engen Rahmen unseres Referates eine Beschreibung auch seines zweiten Konzertes sich lohnt, das am Sonntagmorgen stattfand. Wieder war ein Fragebogen ausgegeben, dessen Beantwortungen ein Bild von den Eindrücken des Gehörten zustandbringen sollten. Diesmal hieß es, der Fragebogen habe zweifelhafte Resultate gezeigt. Wir bedauern jedoch, daß die Ergebnisse des ersten Konzertes nicht bereits in dem jetzigen Programm oder an einer sonstigen leicht zugänglichen Stelle bekannt gemacht wurden.

Mit Recht bevorzugten die genannten Konzerte das kleinere und nicht allzu geläufige Material der Kammermusik, weitestens im Sinne. Da steigen wir allerdings kaum jemals in tragische Tiefen hinein, bleiben vielmehr häufig auf der Sonnenseite des Kunstlebens und wandeln gemächlich im hellen Scheine dessen, was man „schön“ im engeren Sinne nennt. Ganz kleine Zusammenpiele mit anderen als den heute gebräuchlichsten Instrumenten liegen besonders aus der Hofkapelle in so dankbarem Vorrat vor, daß eine Auswahl wie die des Hornkonzertes von Mozart nur freudig begrüßt werden kann. Die Gefahr liegt allerdings nahe, einen solchen Komponisten dann lediglich von der Seite des lieblichen Tonspiels aus zu betrachten; und sie tritt noch näher, wenn ein Werk wie die (gehobene) Violinsonate in B-dur von Mozart nur als zartes Tongewebe vorgetragen wird. Darüber hinauskommen, kann wohl auch als eine Aufgabe solcher nicht bloß unterhaltenden Veranstaltungen betrachtet werden.

Notizen.

— Eine Wilhelm Holzamer Gedächtnis-Feier wird zum Besten der Kinder des so früh verstorbenen Dichters am Sonntagabend, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr im Saal der Kammerspiele (Schumannstraße) veranstaltet. Ihre Mitwirkung haben Tilla Durieux, Harry Walden, Julius Hart, und für den musikalischen Teil Frau Fredrich-Höttges, Edmund Schmidt und Hjalmar Kriberg zugezogen. Billetts sind jetzt an der Kasse der Kammerspiele und bei A. Wertheim zu haben.

— Freie Hochschule Berlin. Da der Bürgeraal infolge des Brandes im Rathaus vorläufig nicht benutzt werden kann, findet der Vortrag von Dr. R. Apel über den Kampf um die Weltanschauung in der Gegenwart am 12. Januar, 8 1/2 Uhr, in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstr. 3/5 (nahe Spittelmarkt) statt.

— Die Berliner „Große Oper“, die am Kurfürstendamm erbaut werden soll, hat als Direktor den Leiter des Deutschen Landestheaters in Prag Angelo Reumann engagiert.

— Schafleton wird seine beiden öffentlichen Vorträge in Berlin am 14. d. M. (Singularen), am 16. d. M. (Königsplatz) in deutscher Sprache halten. Auf einem in Berlin ihm zu Ehren gegebenen Festmahl kündigte Schafleton an, daß er einen zweiten Vortrags ins antarctische Gebiet zu unternehmen gedenke.

Musik.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hat mit seiner Konzertreihe im Chorale-

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten, Freunden und Verwandten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Restaurateur **Friedrich Schildt** (Zunemannstr. 13) nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen **Frau Mathilde Schildt** und Tochter.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Bartholomäus-Gemeinde in Weihenfer, Gallenberger Chaussee, statt.

Sozialdemokratischer Verein für den **5. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Den Genossen zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der Restaurateur **Friedrich Schildt** (Zunemannstr. 13. I. St.) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenfer, Gallenberger Chaussee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sonabend, den 8. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, erschießt nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt **Albert Horch** im 40. Lebensjahre. Dies ergibt tiefbetrübt an **Koia Horch geb. Jäkel** nicht minder.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes, Brunsgraben, aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des **6. Berl. Reichstagswahlkreises.**
Todes-Anzeige.
Am 8. Januar verstarb unser Mitglied, der Gastwirt **Albert Horch** Vollstraße 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes, Brunsgraben, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Artur Haecker** am 6. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. 110/3

Heiner hat unser Mitglied, der Arbeiter **Paul Leiteritz** am 6. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Rege Beteiligung erwünscht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein **Deutsch-Wilmersdorf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vater **Max Kyser** Rursfürstendamm 103 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berlin-Str. 10, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Kinderfräulein,
Eltern, Jungfern, Hausmädchen findet in 3-6 monat. Kursen am **Fröbel-Oberlin-Institut, Wilmersd. 10.** Probezeit gratis. Besuchen sämtlich zweimal. 189/3



Auch nach der jetzt wesentlich höheren Steuer auf Cigaretten werden

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

in unveränderter Güte hergestellt, da wir vollen Wert darauf gelegt haben, dieser Marke ihre besonderen Vorzüge in jeder Beziehung zu erhalten. **Joseetti-Junio-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stk. 20 Pf.**



Joseetti Cigarettes - Joseetti Cigarettes

Maler!
Dienstag, den 11. Januar 1910, abends 1/8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel Nr. 15, Saal 1:
Oeffentliche Versammlung aller im Beruf tätigen Personen.
Tages-Ordnung:
1. Wahlberechtigt sind die bei Gemeindegewerkschaften beschäftigten, volljährigen Gehilfen, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden; 2. zum Amte eines Schöffen fähig ist (§§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes); 3. im übrigen den Anforderungen des § 129 der Gewerbeordnung entspricht. 144b
Der Annuungs-Vorstand: **Fr. Rettig, Ebermeister, O., Sochtmstr. 13.** **W. Wendel, Altheilte, SW., Nonnenstr. 23.**

Nationale Kranken- und Sterbekasse der **Droschkenkutscher u. verw. Berufsgenossen** E. H. K. No. 75.
Bekanntmachung.
Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel Nr. 15 (Saal III):
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Statutenänderung, Beratung event. gestellter Anträge.
Anträge des Vorstandes:
§ 11 Abs. 1 des VI. Nachtrages erhält folgende Fassung: Der laufende Beitrag eines Mitgliedes, der am ersten Tage der Woche zu zahlen ist, beträgt wöchentlich 1 M.
§ 12 Abs. 2 des V. Nachtrages erhält folgende Fassung: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Ruhentag, einschließlich der Sonn- und Feiertage, ein Krankengeld in Höhe von 2 M.
Anträge der Aktive Treppen:
§ 11 Abs. 1 des VI. Nachtrages erhält folgende Fassung: Der laufende Beitrag eines Mitgliedes, der am ersten Tage der Woche zu zahlen ist, beträgt wöchentlich 90 Pf.
§ 21 Abs. 1: Das Sterbegeld auf 80 M. zu erhöhen, bei einer Mitgliedschaft von über 10 Jahre auf 120 M.
§ 27 Abs. 2 den Zusatz zu geben: die Revisoren erhalten für jede Sitzung je 1 M. Entschädigung.
Antrag der Aktive Halle o. S.:
Die Halle aufzulösen und dieselbe in eine Unterstüßungsstelle umzuwandeln.
Die Angeordneten werden zu dieser Versammlung Herdberg eingeladen und ersucht sämtlich pünktlich zu erscheinen.
Berlin, den 10. Januar 1910.
Der Vorstand: **W. Kattler, Vorsitzender.**

Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse Nr. 55 zu Berlin.
Mittwoch, den 19. Januar 1910, abends 8 Uhr:
General-Versammlung im Kaiserhof, Lindenstr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht der Revisoren.
2. Statutenänderung.
3. Berichterstattung. 214
4. Revisorenwahl.
5. Besprechung über § 34 des Statuts.
6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen!
Kontor-Möbel, Teppiche, Planos, Geldschränke, Klubsessel, Leder-Sofas etc. erhalten selbste Personen jeden Standes von erster Firma innerhalb Deutschland in erstklassiger Ausführung, auch nach Zeichnungen, zu **Original-Preisen.** 3448L
Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung, wenn 5% Zinsen.
Reisende sind ständig unterwegs, um gef. Angabe der Adresse bitten
Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H., Eingang Kurstr. 6/7, Aufg. IV I. Et.

Husten
5500 not. begl. Zeugnisse über **Kaiser's Brust-Carmellen** beweisen den vorzüglichen Erfolg bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten etc. Aerat. erprobt. Paket 30 Pf. Dafür angeboten wo man energisch zurück.
Zu haben in Apotheken und Drogerien. Vertreter und Lager **Richard Theile, Berlin S. 63, Bärgelstr. 8. Tel.: IV. 12.**

Blumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer**, unter Mariannen-Str. 2.
H. Pfau, Bandagist Berlin, Direksenstraße 20
wollen Boben Alexanderplatz und Bollgepräbium. - Amt VII. 13799
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Viehrichstr. 203. Ede Schützenstr. 20. Sonntags 10-2, 5-7.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. **Nachruf.**
Am Dienstag, den 6. Januar, schied der Kollege **Wilhelm Sprenger** (Bezirk Wedding) im Alter von 55 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Inventur - Ausverkauf
heute und folgende Tage zu herabgesetzten Preisen.
Herren-Anzugstoffe, Kammergarn-Qual, statt 6,50 jetzt 4,50 M.
Herren-Paletostoffe, feines Fabrikat, 12,50 " 8,50 "
Damenstoffe, große Auswahl " 2,50 " 1,75 "
Damen-Kostümstoffe, gestreift u. karr. " 2,00 " 1,25 "
Knaben-Anzugstoffe, sehr haltbar, " 2,50 " 1,50 "
Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H. Spezial-Haus moderner Herren- und Damen-Stoffe
Berlin C., **Ross-Str. 2.** Sonntags geöffnet.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die mir beim Hinscheiden meines geliebten Sohnes, des Eisenrehers 218b
Alfred Grieger erwiesen sind, sage ich hiermit allen im Namen der trauernden Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank.
Auguste Grieger geb. Gummlich.

Höchste Anerkennung finden bei allen Rauchern

Manoli

Cigaretten

Spezialmarken:
Dandy, Fix, Chic, Gibson Girl.

Eingeführt von **3784L***
den französischen u. italienischen staatl. Tabak-Regien.

Oskar Voelker
Besitzer und Direktor der **Berliner Lichtheilanstalt, Berlin N, Invalidenstr. 130**
hält wieder an folgenden Tagen:
Dienstag, 11. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, **Habels Brauerei-Ausschank** (gr. Saal), Berlin SW., Bergmannstr. 5-7.
Mittwoch, 12. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, **"Königshof"** (großer Saal), Berlin W., Bülowstraße 87-40.
Donnerstag, 13. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, **"Pracht-Säle Nord-West"** (groß. Saal), Berlin NW., Wielestr. 24.
Freitag, 14. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, **"Pracht-Säle des Ostens"** (großer Saal), Berlin O., Frankfurter Allee 151/52

4 öffentliche Damen-Vorträge über **Frauenkrankheiten** deren Entstehung, ihre Verhütung und ihre Folgen bei Vernachlässigung unter Vorführung einer großen Anzahl **Lichtbilder.**
Zutritt haben nur Verheiratete und Damen über 20 Jahre.
Eintritt pro Person 30 Pf.
Die Vorträge finden bestimmt statt.

PALMONA



KUH-BUTTER
Schweinefett

Zuerst kommt Palmona, denn sie ist reine Pflanzen-Butter-Margarine, erficht die unerwünscht teure Kuhbutter vollkommen und übertrifft alle anderen Fette an Reinheit und Wohlgeschmack.
H. Schlink & Cie. A.-G. Alleinige Produzenten von Palmona- und Palmona.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften! Achtung!
Für Stiftungs-feste, Maskenbälle, Sommerfeste u. der **größte Saal Treptows** mit großem Naturgarten zu sehr günstigen Bedingungen, auch noch zum Februar, zu vergeben. **Röhren-Parfische 2, Treptower Lustgarten**
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Paul Singer & Co., Berlin SW.**

W. WERTHEIM GM BH

POTSDAMERSTR.
10, 11 und 13



FRIEDRICHSTR. 110/112
Passage-Kaufhaus

Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag

EXTRA-PREISE

Soweit
Vorrat reicht

Glas

Kompotteller	4 Pf.
Glasschalen verschied. Muster	13 bis 55 Pf.
Zuckerschalen gepreßt	9, 13, 18 Pf.
Butterdosen gepreßt	20, 30 Pf.
Käseglocken gepreßt	26, 45 Pf.
Wassergläser geschliffen	18 Pf.
Viktoriabecher glatt 10 Pf., mit Goldr.	14 Pf.
Viktoriabecher geschliffen, Goldr.	25 Pf.
Gambrinustulpen	26 Pf.
Perl-Sturzflaschen mit Goldrand	25 Pf.
Toilette-Garnitur 6 teilig	90 Pf.
<small>1 Kammschale, 1 Puderdose, 1 Ringständer, 1 Seifschale, 1 Nadeln- und 1 Flakon</small>	

Porzellan

(dekoriert)

Tassen mit Untertassen mit blauem, rotem oder grünem Rand	18 Pf.
Tassen Schalenform 23 Pf. Hohe Form mit Goldstaffage	25 Pf.
Tassen mit Untertassen, blaues Zwiebelmuster, Meißener Imitation	35 Pf.
Dessertteller Dekor u. Goldrand	18, 25 Pf.
Butterdosen ca. 1 Pfd. Inh., Golddek.	75 Pf.
Kaffeesevice für 6 Pers., 9teilig, ff. dekor.	2.10, 2.60, 3.50, 4.50
Kaffeesevice für 12 Pers., 16teilig	8.00, 12.75
Kaffeesevice für 2 Personen, 5teilig	1.50
Kaffeesevice f. 2 Pers., 6tlg., m. Tabl.	2.50
Tafelservice für 6 Personen, 23 teilig, mit blauem Rand und Goldlinie	14.50
<small>Ein Posten einzelner Tafelservice-Teile enorm billig: Terrinen, Kartoffelschüsseln, Bratenplatten, Teller etc. bedeutend unter Preis.</small>	

Steingut

Speiseteller flach und tief	5 Pf.
Dessertteller	4 Pf.
Kompottschalen Satz 3teilig	25 Pf.
Milchtöpfe rot Fond	15 Pf.
Kaffeebecher große Form	10 Pf.
Eimer mit Einlage und Bügel, weiß	2.40
Eimer mit Einlage und Bügel, weiß mit Goldrand	3.50
Waschservice 5teilig, moderne Formen, neue Dekore	2.60, 2.70, 3.25, 5.00, 6.00, 8.00
Waschservice-Kannen	70 Pf.
Waschservice-Becken	95 Pf.
Ein Posten engl. Teekannen	15, 30, 35, 40, 50, 85 Pf.

Kompottnapfe gerippt, weiß Porzellan 6 bis 70 Pf.

10 000 Tassen mit Untertassen Marke Rosenthal 20 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Kohlenkasten mit Deckel, ff. dekoriert 1.75

Ofenvorsetzer moderne Muster	1.25, 1.75 bis 15.00
Ofenschirme ff. lackiert u. dekoriert	4.75, 6.25
Wärmflaschen verzinkt	85 Pf. 1.45
Wärmflaschen Kupfer	3.75, 4.00
Messerputzmaschine a. Brett m. Schmirg.	5.00
Fleischhackmaschinen	1.80, 2.40, 2.85
Reibemaschinen fein u. grob mahlend	85 Pf. 1.10, 1.35

Eiserne Flaschenschränke
50 Fl. 6.50 100 Fl. 10.50 150 Fl. 15.00

Waschwannen aus starkem Zink mit Holzboden 7.50, 9.00, 10.50

Waschzober aus starkem Zink mit Holzboden	8.00, 9.75, 11.50
Wäschemangeln	16.00, 18.00
Wringmaschinen	8.50, 9.50, 10.75
Plättbretter bezogen	1.75, 2.00, 2.50
Schirmständer eiserne, lackiert	2.15 2.35
Passiermaschinen mit 6 Einlagen	3.10
Gasplätten vernickelt Garnitur	4.50

Waschtische geschlossen, mit Garnitur . . . 13.50

Teegläser 32, 40, 85 Pf. mit Halter

Tortenplatten mit vernickeltem Rand	1.65
Eßlöffel vernickelt	14 Pf.
Kaffeelöffel vernickelt	9 Pf.
Eßmesser vernickelt	23 Pf.
Eßgabeln vernickelt	14 Pf.
Eßbesteck mit schwarzem Griff . . . Paar	40 Pf.
Geflügelscheren	1.45, 2.25, 2.75

Tafelwagen geeicht 7.25, 8.00, 9.75

Emaillierte Geschirre

Wassereimer ff. dekor., ca. 28 cm	95 Pf.
Toiletteeimer weiß, mit Deckel	1.10
Wannen oval	1.00, 1.30, 1.45
Mülleimer mit Aufschrift	95 Pf.
Müllschaufeln gestanzt	35 Pf.
Waschgarnitur ff. dekor., 5teilig	8.50

PETROLEUMÖFEN
7.25, 9.25, 11.00

Schmortöpfe ohne Ring 35, 40, 50, 60 Pf.	
Schmortöpfe mit Ring 55, 60, 75, 90 Pf.	
Gaskochtöpfe mit Deckel 80, 95 Pf. 1.15, 1.35	
Wasserkessel flach	1.10, 1.25, 1.40
Kaffeekannen	35, 55, 80 Pf.
Kasserollen mit Stiel	25, 30, 35, 40 Pf.

GASÖFEN
8.00, 10.00, 14.00

Konsolen Sand, Seife, Soda	95 Pf.
Semmelbehälter Delft oder weißgold	95 Pf.
Zwiebelbehälter Delft oder weißgold	95 Pf.
Topflappenbehälter Delft od. weißgold	95 Pf.
Löffelbleche	1.35
Petroleumkannen	1.40

DAUERBRANDÖFEN
12.00, 13.25, 15.50

LEBENSMITTEL

Apfelmus <small>1/2 Dose</small> 55 Pf.	Erdbeeren naturell <small>1/2 Dose</small> 85 Pf.	Heidelbeeren <small>1/2 Dose</small> 55 Pf.	Saure Kirschen ohne Steine <small>1/2 Dose</small> 80 Pf.	Mirabellen <small>1/2 Dose</small> 60 Pf.
Bittere Orangen zum Einmachen Dutzend 55 Pf.	Blumenkohl Kopf 10 Pf.	Tafel-Äpfel Pfund 10 Pf.	Kochbirnen Pfund 7 Pf.	Apfelsinen Dutzend 20 Pf.

Am Mittwoch, 12. Januar: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Zahlnacht für Buchdrucker, Schriftsetzer usw. Mittwoch, den 12. Januar, abends 11 1/2 Uhr, bei Jul. Meyer, Drantschstr. 103. Gute Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Im Mittwoch-Zahlabend wird den Genossen das Resultat der Stadtverordnetenwahl übermittelt werden.

Britz-Budow. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Landhaus, Chausseestraße 97, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Sozialdemokratische Gemeindepolitik. Referent Genosse E. Wugly. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Grünau. Mittwoch, den 12. Januar, pünktlich abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Im grünen Eden“, Köpenicker Straße 88: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Ergänzungswahlen. Beschlussfassung über wichtige Anträge. Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Käthe, Berliner Str. 89, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Von unserer Steuerbureaukratie.

Wenn ein preussischer Staatsbürger Steuern zu zahlen hat, ist die Steuerverwaltung pünktlich zur Stelle, um den Steuerbetrag einzuziehen. Und wenn etwa nicht gleich gezahlt werden sollte und auch die Mahnung erfolglos bleibt, findet sich der Vollziehungsbeamte ein, um zu pfänden; bei Arbeitern, deren Arbeitsstätte bekannt ist, wendet man kurzerhand die Lohnbeschlagnahme an.

Anders steht es, wenn Leute aus irgend einem Grunde zu Unrecht zu hoch veranlagt sind und wenn die Rückzahlung des zu viel gezahlten Betrages angeordnet ist. Dann geht es außerordentlich langsam. Uns liegt ein Fall vor, nach welchem ein lange Zeit Arbeitsloser gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission reklamierte und infolgedessen von der Zahlung der Staatseinkommensteuer für das Jahr 1909 befreit wurde. Um der Pfändung zu entgehen, hatte sich der Arbeitslose Geld beschaffen müssen, um die Steuer zu bezahlen, zu der er veranlagt worden war, da bekanntlich Reklamationen die Zahlung der Steuer nicht hinaufhalten. Der Tapezierer S. wurde in einem vom 30. November datierten, ihm am 8. Dezember zugestellten Schreiben der Einkommensteuer-Veranlagungskommission benachrichtigt, daß er die bereits gezahlte Steuer zurückerhalten werde. Aber bis gestern, am 10. Januar, war es ihm nicht möglich, sein Geld zurückzubekommen, das er ein halbes Jahr vorher bereits hatte bezahlen müssen. Dieses langweilige Verfahren unserer Steuerverwaltung in der Zurückzahlung von Steuern ist um so unerhörter, wenn man bedenkt, wie schnell die Steuern erhoben werden und wie langsam außerdem die Veranlagungskommissionen arbeiten.

Männerholz vor Königsthronen.

Der Berliner Kommunalrevisor hat sich durch seinen von Unterwürfigkeiten tiefenden Adressensil bereits einen Namen gemacht. Daß es mit den Jahren auf diesem Gebiete nicht besser geworden ist, beweist der Wortlaut der an den Kaiser gerichteten Neujahrsadresse. Sie lautet:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König!

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät bitten wir, als Vertreter der Berliner Bürgerschaft, unsere treuen und aufrichtigen Glückwünsche beim Jahreswechsel entgegenzunehmen zu wollen.

Große Kulturaufgaben auf geistigem wie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sind den deutschen Fürsten und dem deutschen Volke zugefallen, an denen mitzuwirken Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Haupt- und Residenzstadt Berlin eifrig bemüht ist.

Diese hohen Aufgaben aber können nur gelöst werden, wenn der Segen des Friedens über ihnen walte und die geistigen und materiellen Kräfte der Nation einer freien Entwicklung entgegenföhrt.

Mit freudigem Danke, aber auch mit Stolz und Genugtuung hat es daher das gesamte deutsche Volk erfüllt, daß, als im Frühjahr des verflossenen Jahres dunkle Wolken sich am politischen Horizont aufzutürmen schienen, das kraftvolle und entschlossene Eingreifen Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät und Eurer Majestät Regierung für die mit Deutschland so engverbundene Oesterreichisch-Ungarische Monarchie diese Wolken zerstreute und allen Völkern von Neuem zum Bewußtsein brachte, eine wie sichere Bürgschaft des Friedens in der Nacht des Deutschen Reiches begründet ist.

Mit gleichem Danke an die Vorsehung erfüllt es uns, daß Eurer Majestät und dem Kaiserlichen Hause im abgelaufenen Jahre Tage der Freude und des Glüdes beschieden gewesen sind in der Geburt des dritten Sohnes Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät, des Kronprinzen.

Wir vereinen unsere Wünsche mit denen des gesamten Volkes, daß es Eurer Majestät beschieden sein möge, bis in ferne Zukunft in voller Kraft und Gesundheit sich eines ungetrübten Glüdes in der Kaiserlichen Familie zu erfreuen, und von diesem Glüde getragen, gleich geeignet zu sein in der Erfüllung der hohen Aufgaben des erhabenen Herrschers eines mächtigen Reiches.

Berlin, den 1. Januar 1910.

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät

treuehuldigste

Stadtverordnete zu Berlin.

Michael.

Die Bauhofserei ist echt freisinnig!

Die erste Armenkommissionsvorsichterin

wurde in der gestrigen Sitzung der Armenverwaltung in ihr Amt eingeföhrt. Frau Ottilie Gerndt ist vor kurzem von der 81. Armenkommission, deren Mitglied sie war, zur Vorsichterin gewählt worden. Der Vorsitzende Stadtrat Münsterberg bezeichnete mit dem Hinweis auf die Wahl einer Frau an die Spitze einer Armenkommission die Sitzung als eine denkwürdige Stelle in der Geschichte der Berliner Armenpflege. Wenn auch im Hinblick auf die Zusammenfassung der die Armenpflege im Anspruch nehmenden Bevölkerung die Wahrnehmung der Geschäfte eines Armen-

kommissionsvorsichters wohl besser von Männern erfolge und wenn auch nicht wünschenswert sei, daß die Wahl einer Frau zur Leitung einer Armenkommission viel Nachahmung finde, so sei doch der Wunsch äußerst lebhaft, daß immer mehr Frauen als Mitglieder der Armenkommission sich betätigen. Es sei zu hoffen, daß das Vorurteil immer mehr schwinden möge, daß Frauen nicht in diese Geschäfte hineingehören. Wenn überhaupt, dann seien gerade bei der Armenverwaltung Frauen zur Mitarbeit berufen. Der Vorsitzende schloß mit der Hoffnung, daß die neuen Vorsteher mit warmem Herzen an ihre Tätigkeit herantreten mögen.

Ob es besonders geschäftig war von Herrn Münsterberg, der die Mitarbeit von Frauen in der Armenpflege zu fördern beabsichtigt, zu betonen, daß es nicht gerade wünschenswert sei, Frauen zur Leitung einer Armenkommission zu berufen, sondern nur als Mitglieder zuzulassen, möchten wir bestreiten. Schließlich kommt es doch einzig und allein auf die Qualifikation an. Zugunsten des Herrn Stadtrats nehmen wir einstweilen an, daß er die Herren Armenkommissionsvorsichters beruhigen sollte, die sich gegen die Mitarbeit von Frauen in der städtischen Armenpflege sträuben.

Wieder eine „überflüssige“ Gemeindefschule!

Die Schulverwaltung der Stadt fährt fort in ihrem Bestreben, möglichst jede Gemeindefschule einzuziehen, in denen eine nennenswerte Minderung der Frequenz sich bemerkbar macht. Jetzt soll gar schon in Berlin-Südost eine Gemeindefschule überflüssig sein, die 85. Knaben-Gemeindefschule, die im Schulhause Brangelstraße 85 untergebracht ist. Der Magistrat teilt den Stadtverordneten nach Kenntnisnahme mit, daß er beabsichtigt, auch diese Schule nach und nach aufzulösen und mit ihrem Abbau im April 1910 zu beginnen. Er meint, daß Schwierigkeiten irgendwelcher Art sich aus dieser Auflösung nicht ergeben werden. Der Stadtrat habe, so fährt er zur Begründung aus, in den letzten Jahren einen „anhaltenden Rückgang in der Zahl der schulpflichtigen Kinder“ gehabt, der „die Fälligkeit der Schulen jener Gegend immer schwieriger“ gestalte.

Und was hier vor mehreren Jahren bekannt geworden, daß daran gedacht werde, über kurz oder lang auch die Schule in der Wrangelstraße für überflüssig zu erklären. Auch der jetzt vom Magistrat gegebene Hinweis auf die Verwendung des freiwerdenden Schulhauses zur Unterbringung einer Fortbildungsschule tauchte schon damals andeutungsweise auf. Es ist nun nicht uninteressant, zu sehen, welche Frequenzziffern die Schuldeputation und den Magistrat schon zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß die Schule sich nicht mehr recht „füllen“ lasse. In diesem Winterhalbjahre hatte die 85. Knaben-Gemeindefschule in der Wrangelstraße bei der Frequenzermittlung vom 1. November in ihren beiden achten Klassen 40 und 42 Schüler. Sollen wir annehmen, daß das der Schulverwaltung als eine unzulässig schwache Besetzung gilt? Und fällt da ein, daß der verstorbene Stadtschulrat Serhsenberg kurz nach seinem Amtsantritt in einem Vortrag, den er im Berliner Lehrerverein hielt, es als wünschenswert bezeichnete, die Frequenz der achten Klasse durchgängig auf 40 herabzusetzen. Seine Zuhörer beantworteten dieses Geständnis mit so stürmischen Aeusserungen des Beifalls, daß er erschrocken aufsprang. Er fürchtete offenbar, daß die Berliner Lehrerschaft ihn beim Wort nehmen würde. Wie mag der jetzt amtierende Stadtschulrat Fischer über die 40 denken?

Wird die 85. Knabenschule aufgelöst, so muß selbstverständlich in den benachbarten Knabenschulen fortan die Frequenz um so höher werden. Sehen wir nach, wie hoch sie dort noch ist. Wir finden (immer bei der Frequenzermittlung vom 1. November) in der 114. Knabenschule (Köpenicker Straße 2) zwei achte Klassen mit 48 und 80 Schülern, in der 177. Knabenschule (Görliger Straße 51) zwei achte Klassen mit 62 und 62 Schülern, in der 251. Knabenschule (Görliger Ufer 15) zwei achte Klassen mit 80 und 88 Schülern. Auch die übrigen Klassenstufen sind in allen vier Schulen noch recht hübsch „gefüllt“, und selbst die ersten Klassen der vier genannten Schulen sind mit 39, 35, 39, 36 Schülern besetzt. Aus solchen Zahlen gewinnt der Magistrat die Ueberzeugung, daß „die Fälligkeit der Schulen jener Gegend immer schwieriger“ werde.

Eine Stadtverordnetenerwahl für den fünften Gemeindefwahlbezirk zweiter Abteilung findet heute statt. Diesen Bezirk vertritt bekanntlich der Stadtverordnete Dr. Rugdan, der zu Unrecht von der Majorität der Stadtverordnetenversammlung als gewählt proklamiert worden war. Das Oberverwaltungsgericht erklärte aber die Wahl für ungültig. Dr. Rugdan kandidiert nicht wieder. An seiner Stelle ist vom Kommunalrevisor Dr. Herzberg aufgestellt worden, während von sozialfortschrittlicher Seite Professor Dr. Max Wolff kandidiert.

Und dem Reiche des Herrn Kraetle.

Die Klagen über verspätete Briefbestellungen mehrten sich in unheimlicher Weise. Das liegt weniger an den Briefträgern als an dem im Schwange befindlichen Sparsystem. Im Bereiche des Postamts 16, Köpenicker Straße, kam die erste Postbestellung wiederholt erst gegen 10 Uhr in die Hände der Empfänger. Früher war die erste Bestellung in der Regel schon um 8 Uhr spätestens 8 1/2 Uhr vormittags erledigt. Es wäre ungerecht, den unteren Beamten einen Vorwurf zu machen, da die Briefträger überlastet sind. Wie wir erfahren, sind im Bereiche des genannten Postamts die einzelnen Bestellsbezirke vergrößert worden. Früher waren es 36 Bestellsbezirke, heute sind es nur 32. Dadurch werden sechs Briefträger gesparrt. Das ist die bekannte rücksichtliche Reform im Reiche Kraetle. Die Postverwaltung soll mehr Ueberflüsse abwerfen, damit das Loch im Reichsbüchel nicht zu groß wird und die neue Reichsfinanzreform bis nach der nächsten Reichstagswahl hinausgeschoben werden kann. Das alte Lied. Die Beschäftigten haben den Schaden und den Protestartikeln im Postrock wird mehr Arbeit aufgebürdet.

Ein anderer kaum glaublicher Fall ist folgender: Ein Brief mit einer Todesnachricht (Rubert mit Trauerwand) ist abgestempelt am 25. Dezember 2-8 Uhr nachmittags Postamt 17 und war adressiert nach der Siemensstraße 5. Dieser Brief ist nach einem auf dem Rubert befindlichen Vermerk des Postbeamten am 30. Dezember zwischen 1-2 Uhr nachmittags in den Briefkasten des Empfängers gelegt worden. Der Brief enthielt die Nachricht vom Tode der Mutter. Als der Sohn am 30. Dezember vormittags seine Mutter besuchen wollte, erhielt er zu seinem Schreck, daß die Mutter nicht nur bereits gestorben war, sondern schon drei Tage unter der Erde lag. Die Post trifft durch ihre unerhörte Bummellei die Schuld, daß im vorliegenden

Falle dem Adressaten es unmöglich gemacht wurde, seiner Mutter die letzte Ehre zu erweisen.

„Herr Wachtmeister“. Man schreibt uns: Seit Jahr und Tag trägt ein Teil des bürgerlichen Publikums, das jetzt endlich auch nach Schluß der Schulferien freier, redlich dazu bei, in diesen beliebten „Gesehshütern“ den Nachtigel und Polizeibüffel zu erhöhen. Man braucht nicht im geringsten vom „Wauflöcher“ besessen zu sein, um es einfach widerlich und lächerlich zu finden, wenn Kleinbürger vor jedem Revierschuhmann einen Krachfuß machen und es sich gewissermaßen zur Ehre anrechnen, daß ein Polizeibeamter sie überhaupt der Privatunterhaltung würdigt. Am besten ist das bei gewissen Geschäftsleuten zu beobachten, die Ursache zu haben glauben, sich auch mit den untergeordneten Revierbeamten auf einen guten Fuß zu stellen, da sie sonst Schikanierungen und Straf anzeigen wegen kleinster Uebertretungen befürchten. Regelmäßig wird dann der simpelste Schuhmann mit „Herr Wachtmeister“ tituliert, was jeder einzelne dieser Unterbeamten mit wohlgefälligen Grinsen empfindet. Keinem wird es einfallen, darauf hinzuweisen, daß er nicht Wachtmeister, sondern einfacher Schuhmann ist, der auf der Polizeiwache mit ihrem militärischen Drill vom wirklichen Wachtmeister recht oft fast genau so behandelt wird wie der Refrakt auf dem Kaiserhof. Auch die intimen Beziehungen, welche sonst noch zwischen Geschäftsleuten, namentlich Restaurateuren, und manchen Revierschuhleuten bestehen, sind ja allgemein bekannt. Wir meinen nun, daß das Publikum nicht den mindesten Grund hat, aus Besorgnis vor dem amtlichen Verhalten des Schuhmanns diesen zudorkommender und devoter zu behandeln, als jeden nichtuniformierten Sterblichen. Es ist gewiß nicht nötig, auf jeden einzelnen Polizeibeamten die berechtigste Animosität, welche gerade jetzt sich gegen das gesamte preussische und speziell das Berliner Polizeisystem in weitesten Kreisen durchzieht, zu übertragen, denn vielfach sind sie nur Werkzeuge ihrer Vorgesetzten. Wer aber ein reines Gewissen hat und alles, was er tut oder läßt, verantworten kann, soll die Freundschaft des Revierschuhmanns, die im Ernstfall doch versagt, nicht suchen. Insbesondere weg mit dem kriecherischen Anreden: „Herr Wachtmeister!“

Ein merkwürdiger Philanthrop.

In der „Vossischen Zeitung“ finden wir folgendes schmerzliche Inserat: „Adelserhöhung sucht Freiherr, 40er, ungemein reich, allbekannte hochgeachtete Persönlichkeit, der sich hohe Verdienste um seine Mitmenschen erworben hat, großer Philanthrop und berühmter Apophorist, auf irgendeine Weise durch Adoption, Heirat oder irgendwie anderes. Gen. pos. Offerten befördert unter „Aufwärts“ usw.“

Der Grafentitel soll also erkauf werden. Das ist in den Kreisen der Rückwärts nichts Neues. Aber ein netter Philanthrop (Wunschfreund) muß das sein, der durch seinen ungemainen Reichtum und durch eine Standeserhöhung Vorteile für sich selbst heraus schlagen will. Wie sagte Flora Sah, die Geliebte des seligen Freiherrn von Hammerstein? Komodianen seid ihr doch alle!

Vom Automobil des Polizeipräsidenten totgefahren.

Ein bedauerlicher Automobilunfall, bei dem der 70jährige Postschaffner a. D. Heinrich Müdert aus der Rastauer Straße 70 seinen Tod fand, ereignete sich am Sonntagnachmittag Unter den Linden, Ecke Charlottenstraße. Das Automobil des Polizeipräsidenten kam vom Brandenburger Tor her die Südseite entlang. An der Ecke der Charlottenstraße bog eine andere Automobilrosche in die Straße Unter den Linden ein und es drohte ein Zusammenstoß zwischen beiden Automobilen. Der Chauffeur des polizeilichen Automobils rih in letzter Minute seinen Wagen nach links herum und vertrieb hierdurch die Kollision. Im selben Augenblick überschritt der Postschaffner Müdert den Straßenrand. Der Unglückliche wurde von dem Automobil erfasst und überfahren. Mit schweren Verletzungen blieb er liegen, so daß er in einer Droschke nach der nahen Klinik in der Fiegelstraße geschafft werden mußte. Aber schon einige Minuten nach der Einlieferung starb Müdert. Der Polizeipräsident v. Jagow drückte noch am Abend den Angehörigen sein Beileid aus.

Für Angler. Alle Besuche der in Berlin wohnhaften Personen um Erteilung der Erlaubnis zum Angeln mit der Rute während der wöchentlichen Schonzeit sind unter Verweisung der für das Jahr 1910 gültigen Angelfarste direkt bei dem Polizeirevier anzubringen, in dessen Bezirke der Antragsteller wohnt. Besuche ohne Verweisung der Angelfarste für das Jahr 1910 sind zwecklos. Nicht in Berlin wohnende Personen haben ihre Anträge bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes einzubringen.

Eisenbahnzusammenstoß auf dem Lehrer Hauptbahnhof. Sonntag kurz vor 6 1/2 Uhr früh stieß der nach Hamburg ausfahrende Zug 2 vor der Bahnhofshalle mit einem ausfahrenden Leerzug zusammen. Dabei erlitten zwei Passagiere Verletzungen, die Lokomotive des Leerzuges und drei Wagen des Leerzuges wurden beschädigt. Die Abfahrt des Hamburger Zuges verzögerte sich dadurch um nahezu eine Stunde.

Die Bluttat eines Wahnsinnigen.

Ueber ein Familiendrama wird aus der Komitener Straße 23 berichtet. Dort erschog gestern nachmittag in seiner Wohnung der 50 Jahre alte Bildhauer Karl Jäger im Seitensitz des ersten Stockwerkes seinen 2 1/2 Jahre alten Enkelsohn Werner Berner, verwundet seine 40 Jahre alte Ehefrau Alara schmer, aber nicht lebensgefährlich durch einen Schuß in den Kopf und erschog dann sich selbst. Die verwundete Frau wurde von Hausbewohnern nach der gegenüberliegenden Privatklinik gebracht. Die Leichen brachte, nachdem ein Arzt den Tod festgestellt und die Kriminalpolizei den Befund aufgenommen hatte, die Revierpolizei nach dem Schauhaus. Nach den bisherigen Ermittlungen hat Jäger die Tat in einem Anfall von Schwermut begangen, die durch längere Nervenkrankheit herborgerufen worden war.

Tragischer Abschluß eines Liebesverhältnisses. Auf dem Zandengelände an der Seestraße wurde Sonntagabend gegen 10 Uhr der 43 Jahre alte Goldarbeiter Karl Justinsky aus der Hennigsdorfer Straße 1 tot aufgefunden. Neben ihm lag auf dem Erdboden bestimmungslos und schwer rückelnd eine weibliche Person, die später als die 41 jährige Frau Anna Erdmann rekonozitiert wurde, die in der Weddingstraße 9 wohnte. Beide hatten Thranfahli zu sich genommen. Die Leiche des J. wurde nach dem Schauhaus übergeföhrt, während man Frau Erdmann nach dem nahen Rudolf-Virchow-Krankenhaus brachte, wo ihr sofort der Magen ausgepumpt wurde. Der Tat liegt ein Liebesverhältnis zugrunde, das beide nicht zusammenkommen ließ.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, der den Tod eines Kindes zur Folge hatte, ereignete sich auf dem Grundstück Diebischstr. 8. Dort spielten auf dem abschüssigen, asphaltierten Hofe mehrere Kinder, unter ihnen auch die 13jährige Tochter Elisabeth des Weidenweg 59 wohnhaften Tischlers Wendt. Mächtig geriet ein auf dem Hofe stehender Milchwagen ins Rollen und das Mädchen wurde von dem

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, hinter Eingang, vier Treppen, **Freitag** **abends** von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. **Geöffnet** 7 Uhr. **Sonntags** beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anruf ist ein Besuch und eine Post als Bescheid zu erwarten. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage versetzt. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. G. 10. 1. Ja, wenn innerhalb des Dienstjahres das Dienstmädchen ohne Grund kündigt: Also wenn der Dienst am 1. April begonnen hat, kann höchstens bis zum 1. April die Rückgabe verlangt werden. 2. Ja. — **S. S. 2.** 1. Wenn die Bescheid, die selbst verjährt sind, an Zahlungsstatt und nicht nur zur Sicherung der Schuld ausgestellt waren, so verjährt die Warenschuld in Ihrem Fall in der Regel, vom Kaufjahre des Jahres an gerechnet, der auf den Fälligkeitstag folgte. 2. Sie müssten in der Schweiz verklagt werden. 3. Wenn inzwischen irgends Handlung des Richters gegen den Läder vorgenommen ist, liegt Verjährung vor. — **N. W. 12.** Die Kündigung ist verjährt. Wenn im Verträge drei Monate drei Tage als Kündigungsfrist vereinbart waren, so

müßte spätestens am 28. Dezember die Kündigung in den Händen des zu kündigenden sein. Wegen der Mängel der Wohnung müßten Sie beim Amtsgericht auf Beilegung derselben klagen. — **N. W. 13.** Nein. — **N. 144.** Für die Aufnahme in eine Erholungsstätte ist das Lieben einer bestimmten Anzahl von Marken nicht vorgeschrieben. Ein Recht auf Aufnahme steht aber dem Antragsteller nicht zu. Der Bescheid hängt von dem Ermessen der Versicherungsanstalt ab. — **G. W. 30.** Das Rückbuch müßte selbst den Antrag stellen. — **Sand Sachs 25.** Ja. — **N. W. 2.** Nein. — **Arnburg.** 1. Ihre Mutter müßte mindestens 761 Mark nachweisen. 2. Nein. Die Erwerbsfähigkeit muß bewiesen werden. 3. Ja. — **J. S. 110.** Da Sie nichts bestellt haben, brauchen Sie weder etwas anzunehmen, noch zu bezahlen. Eine Mitteilung an die Firma entspricht geschäftlichem Anstand. — **J. S. 90.** Die Schuld ist nicht einfügbar, da sie eine Spielschuld ist. — **N. T. in C.** Das Kaufmannsgericht ist nicht zuständig. Den Anspruch selbst halten wir für gerechtfertigt. Bestimmte Mindeste zu empfehlen, lehnen wir grundsätzlich ab. — **N. Rein.** — **Stempel 18.** Der Vertrag müßte vor einem Notar oder bei dem Amtsgericht geschlossen werden. Die Kosten und Stempel und die Höhe des Stempels richten sich nach der Höhe des Objekts. Der Vertrag ist aber nur soweit gültig, als er nicht beschädigt, vorhandene Gläubiger zu benachteiligen. — **N. S. 35.** Leider gilt der Vertrag in vollem Umfange.

Sie müssen ihn rechtzeitig kündigen. — **S. S. 20.** Unseres Erachtens ja, und zwar mit einer Mark. — **T. S. 2.** Nur mit polizeilicher Genehmigung. — **G. S. 88.** 1. Ein Anspruch steht Ihnen leider nicht zu. 2. Das richtet sich nach dem Inhalt des Versicherungsvertrages. In der Regel sind Sie dahin abgeklagt, daß die Verpflichtung nur für die Zeit des Arbeitsverhältnisses gilt. — **N. 433.** Der Versuch, die Einwilligung des Vaters zu erhalten, müßte gemacht werden. Ist er insbesondere wegen Unausführbarkeit des Vaters unanwendbar, so kann sich die Mutter mit Erfolg an das Amtsgericht wenden, für die Rechte des Vaters zu übertragen. — **N. S. 81.** Sie müßten sich an das Gericht wenden, das die Klage zugelassen hat. Wahrscheinlich ist es das Amtsgericht Braubenz. Dort müssen Sie Ihre Ansprüche darlegen. — **S. W. 253.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **J. S. 1883.** Das Testament ist gültig. Der zweite Gatte hätte lediglich das Pflichtteil anzunehmen und kann mit dem übrigen Vermögen machen was er will. — **S. 10.** Die Mietverträge werden nicht gestempelt, sondern von dem Vermieter in ein Verzeichnis eingetragen, wieviel Stempel gezahlt ist. Auch mündliche Mietverträge sind stempelspflichtig. Ebenso besteht Stempelpflicht nach wie vor, auch wenn der Vertrag nicht das ganze Jahr hindurch gebauert hat, sondern nur etwa einen Monat oder ein Vierteljahr, der Jahresbetrag aber über 300 M. beträgt.

beim Einkauf von Bouillon-Würfeln stets ausdrücklich

Verlangten Sie

MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pf.

Der Name MAGGI bürgt für vorzüglichste Qualität!



Für 1/2-1 Liter je nach Geschmack.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 11. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Jar und Jannerman.
Musik. Schauspielhaus. Der kaiserliche Knecht.
Neues königl. Opernhaus. Der Geflügel.
Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kammerspiele. Das Heim.
Neues Schauspielhaus. Alt-Geibelberg.

Anfang 8 Uhr.
Königl. Oper. Lesca.
Neues. Don Juans letztes Abenteuer.
Westen. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Durand's Esel.
Verlierer. Hohe Politik.
Klein. Der große Name.
Reizend. Im Landenschlag.
Thalia. Die alte Cora.
Leitung. Tautis der Rarr.
Geibel. Der Stempel.
Schiller O. Wälder. Theater.)
Der Schneidbauer.
Schiller Charlottenburg. Die Lärmen um nichts.
Friedrich. Wilhelmstadt. Im bunten Rock.
Luisen. Lotos Vater.
Neue. Faust.
Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.

Folies Caprice. Eider ist sicher.
Bunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Hypos. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Der Überganger.
Gedr. Herrfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.
Gastspiel. Der Volksgesund.
Vanage. Segensworte.
Placido. Die lustigen Weiber von Windsor.
Volksoper. Die Wilkenerin.
Duggendagen. Spezialitäten.
Karl Haberland. Sozialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Palast. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausendacht 48 1/2.
Abends 8 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
Abends 9 Uhr: Prof. Dr. W. Förster: Astronomie und Kulturgeschichte.
Sternwart. Draußen 37-62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Kontrid der Rarr.
Mittwoch, 8 Uhr: Das Konzert.
Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Hohe Politik.
Morgen: Hohe Politik.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Don Juans letztes Abenteuer.
Morgen und folgende Tage:
Don Juans letztes Abenteuer.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 11. Januar, Anf. 8 Uhr:
Abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Mittwoch: Nachmann als Erzieher.
Donnerstag: Rogert-Oper: Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 16. Januar, nachm. 3 Uhr: Schlafwagenkontrolleur.
Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Afrikanerin.
(Auser Abonnement.)
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Colos Vater.
Volksstück in 4 Akten v. H. Pfrorange.
Dienstag, Mittwoch:
Colos Vater.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.
Faust.
Tragödie von Goethe. 1. Teil.
Mittwoch: Faust. Donnerstag:
Der Bischof. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Faust.
Gastspiel-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Lady Florence
Der Polizeihund.
Kriminalroman.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
sowie eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mile. Farfalla
und das sensationelle
Januar-Programm.
Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.

Arnold Scholz Hasenheide 109/114
Täglich:
Großes Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen
U. a.:
Patschgorigörgl und Schilbucklkaspei
mit ihren Geosen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Heineidbauer.
Volksstück in 3 Akten von Ludwig Angenruder.
Ende 11 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Heineidbauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Rustspiel in 5 Akten v. B. Schaferspeare.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gespenster.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Heute sowie täglich:
Gr. Münchener Bock-Jahel und Trübel.
Der berühmteste Festwitz
Schorsch Ehrengreber
mit seiner Truppe (zirka 60 Mitwirkende).
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Morgen Mittwoch: Elite-Tag:
Schönheits-Konkurrenz
Sechs Geldpreise.

Königstadt-Kasino.
Görlingstraße 72.
Günstigstes neues Programm
mit Franz Sobanski, Emini
Reumann, Fritj. Gräber, Lisa Goltz,
Neubert und Ros, Viktor Ritter,
Gosch. Weiss, Alrobal, Fridolin
König, Salon-Mittel.
Panny Witwenschmors
Schmorn in 1 Akt von D. Richter.

Zirkus Schumann
Dienstag, 11. Januar 1910,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
U. a.: Herr Kommissionsrat
Gustav Stensbeck
als Gast mit 1. neuen hervor-
ragenden Schulpferden Eisenberg,
Ten Dring und Stad Dufe.
Der kleinste kometische Reiter
der Welt
Bagonghi.
Sergeant Brennan,
der beste Diabolo-Spieler.
Der Amerikaner de Marlow
unvergleichlich in seinen Leistungen.
Großer Ringkampf
zwischen den Gnomm Gus-Jam
und Cottrell.
Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr
Die drei Rivalen
oder das mysteriöse Schloß in der
Normandie.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, den 11. Januar,
abends 7 1/2 Uhr präz.:
Großer Gala-Abend.
Herr James Fills, Schulmeister, auf
Winthrop, engl. Vollblut v. Halmu
a. d. Maggie Gray.
Ferner: **Die Morandins.**
Mons. Colon, dressierte Affen.
Herr E. Schumann, Meisterdress.
Reiterfamilie Proserpi.
9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr
Die neuen russische Pantomime
Marja.
Vorher das große Galaprogramm.

Herrnfeld
Theater
Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083.
Durchschlagender Erfolg!
„So muß man's machen“
Burleske mit Gesang in 2 Akten.
Rust von E. Hal, mit den Autoren
Anton und Donald Herrfeld in den
Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Komödie v. L. Guma.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.

Union-U.T. Theater
Alexanderplatz, im Grand Hotel.
„Die Stunden“
(antike Tanzstudien)
und das neue
Schlager-Programm.
Vorstellung ohne Unterbrechung
von 5 Uhr an.

Buddenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Alt-Germanisches
Bockbier-Kellerfest
Die Dekoration ist aus dem
Atelier „Hermann der Cherusker“
aus Tautoburg.
Im oberen Saale: Täglich:
Die glänzenden Spezialitäten.

Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

Deutschlands größte und vornehmste Lichtbühne
650 Sitzplätze
Feinste Ausstattung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 „
Für den Inhalt der Intereze
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 13. Januar 1910:
Schuldig.
Schauspiel in 3 Akten v. Rich. Boh.
W. Noacks Theater
Bismarckstr. 16, am Rosenkaler Tor.
Der größte Erfolg der Spielzeit.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag Extra-Vorstellung:
In russischer Leibesgenossenschaft.

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
Der Nachwächter
von Zerpenschenle.
Studentenbild
v. F. Meysel
Anfang:
8 Uhr.
Sonntag:
7 Uhr.

Sanssouci.
Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree
Tanz-
tränzchen
von
Hoffmanns Nordl. Sängern
Stets neues,
aktuelles Programm.
Beg. Sonntag, 5. wochent. 8 U.
Morgen Mittwoch: Theater-
abend: Der Trompeter v. Säckingen.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Schlosshof Börs.
Das brillante
Januar-Programm!
Ruth St. Kahda,
Hindulampantomime,
Otto Müller-Römer,
Brothers Sundermann,
Ilkete Miß Jenny,
Mr. Kretton
mit seinem rechnerischen Wunderhund
u. s. w.

Casino-Theater
Lothringers Straße 57. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Vacherfolg!
Der Obergauner.
Rustspiel in drei Akten von Ristl.
Vorher: Das erstklassige bunte
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Trubhens Sommerreise.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Das ganze Programm
Severus Schaeffer
und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel: Regimentskapelle,
Theaterbesuchern selber Eintritt!

Karl Haverland
Königl. Theater präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das glänzende erstklassige
Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!

Inventur-Extrapreise
nur einmal jährlich im
Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158

Unter-
halte nirgends Filialen!

Simillseide in den 4¹⁵ bis 5²⁵
Ersatz f. Seide Parb. rot
Wollatlas blau 10⁵⁰ bis 8⁵⁰
oliv
Bunte Normal-
Schlafdecken 1⁶⁵ 2⁵⁰ 3⁵⁰
Wolldecken ganz 3⁰⁰ 4⁰⁰
dick (engl.) getigert
Reisedecken 6, 8, 10 M.
Inventur-Extralistes gratis
u. Katalog m. ca. 600 und
Illustrat. franko.

Versuchen Sie
„Ozonit“
modernstes Waschmittel

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radehalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Referent
für Orth- und Hüft-Krankheiten.
Berlin N.,
jeht Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ver-
leten, angenehm u. weich am Körper.

Leihhaus
Gehilfenkäufe verfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 20
Ecke Ritterstr.



Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Größtes Lager in sämtlichen gangbaren
Kautabaken
stets frisch zu äußersten Engros-Preisen.
Spezialität:
Kautabake von G. A. Hanewacker in Nordhausen
Nur echt **10 Pf.-Rollen** mit eingepacktem
Fabrikzettel.
Amt IV, 3014.

H. Weltmann Nachf.
Stefan Esders
Größtes Bekleidungs - Spezialhaus
Kaiser Wilhelmstr. 41-42 □ Spandauerstr. 70-71

Billige
Inventur-Verkäufe
8. bis 23. Januar cr.

in den Abteilungen

Herren- Konfektion	Knaben- und Mädchen- Garderobe	Damen- Konfektion
-----------------------	--------------------------------------	----------------------

Wäsche und Herren-Artikel | Schuhwaren
f. Damen, Herren u. Kinder

Ausserordentlich hervorragende
Gelegenheitskäufe
in allen Abteilungen

Verkäufe.

Leppiche (schlechte) Gelegenheitskäufe, Fabriklager, Rauerdoff, Große Frankfurterstraße 9, Bürgergang. Vormittags 6 Prozent Extrabat. Sonntags geöffnet.

Strümpfen billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Bürgergang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Bürgergang. 2491R

Nachfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbahn Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf keinen Bezugspreis 1,75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf keinen Bezugspreis 3,50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Baden.

Pfandleihhaus Stredder, Kästrinerplatz 7, sportlicher Bekleidungskauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf, Bekleidungsverkauf.

Leppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes. Leppichlager, Bismarckstraße 4, Bauhof, Berlin. (Leber des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Vorwärts hohelegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Rohstoffen, früherer Preis 60-90, jetzt 20-40, werden täglich im Cavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft.

Vorwärts erhalten 5 Prozent Extrabat selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen. Leppich-Thomas, Dramenstraße 160, Dramenstr.

Leppiche, Inventurhalber bis 80 Prozent herabgesetzt.

Gardinen, Stores, Künstlergarmenten, Repparten für halben Wert.

Käuferrisse (spottbillig).

Sollschleife (spottbillig).

Vorwärts erhalten 5 Prozent Extrabat, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 769R

Leppiche. Die Restbestände einer Leppichfabrik kommen zum schmeichlichen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Büchschätze, ganz schwere Qualität: Studengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmerngröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Leppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Möbel, Tischdecken, Schabware, Gelegenheitskäufe. Polsterarbeiten, 734R

Kartoffeln, neue Sendung, gute, rote Daber, ab Rahu Havelstraße, Charlottenburg, Heiner 2,60 Markt. Schiffselger Sudrow. 713R

Nähmaschinen. Schneidmischer, Dobbis re. gegen kleinste Abzahlung, vergütete Anzahlung, Gruda, Rosenhallerstraße 19, Fabriklager. 152R

Salontische, dreifamig, 15,00, Wohnzimmergröße 6,00, Speisezimmergröße 9,50 verkauft Kloster, Kirdorf, Rietzstraße 8 I. 710R

Vitruv's Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebraucht (spottbillig). Stallingerstraße 99, Marktstraße 67. *

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Heft für die Pflege und sorgfältige Bewirtschaftung des häuslichen Gartens von Max Vessbörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Markt. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Vorwärts elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 20-40 Markt. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 217R

Billige Hosenmode. Hohelegante Herrenanzüge aus feinsten Rohstoffen 7-15 Markt. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 218R

Germaunplatz 6. Erstklassiger, extrabilliger Warenverkauf. Kleideranzüge, Hosenanzüge, Winterpaletots, Jagdanzüge, Gebrodenanzüge, Herrenanzüge, Damenanzüge, Pelzpelze, prachtvolle Brautgeschenke, Brautbetten, Verkleidungsartikel, Bettzüge, Bettmöbel, Gardinenanzüge, Leppichanzüge, Wanduhren, Taschenuhren, Kettenanzüge, Ringanzüge, Kunstbilder, „Selbstverständlich“ allerbilligste Einkaufsquelle Grobberlins. Germaunplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. 710R

Kinderwagen verkauft billig Wiedemann, Anglerstraße 42, II. 774

Möbeltischlerei. Harnack Tischlerei, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (Nahplatz), liefert komplette Wohnzeiteinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungserleichterung. Fortwärtler 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Berlin Raum über die billigen Möbelpreise der Möbelfabrik Dornagel, Andreaskirche 90, gegenüber Marktstraße. Kein möbelführendes Brautpaar soll es veräumen, die höchsten Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer aller Holzarten, Zimmer und Küche 295,-, 2 Zimmer und Küche 475 Markt zu bestanden. 948R

Gelegenheitskauf. Bürgerliche Wohnzeiteinrichtungen, Teilzahlung. Möbelhaus Diana, Danksgrube 14.

Möbel für Brautleute günstigste Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Wir leisten Anzahlung gedeicht Stufe und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberausstellung dabei ausgeschloffen. Bei Krankeitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt grösste Rücksicht. Möbelgeschäft R. Goldstaub, Hoffenerstraße 38, Ecke Guelkenaustraße. Kein Anzahlungsgeschäft! 2901R

Kleiderständer 25,00, Spiegel 7,00, Büchschätze, Bestehen verhältnismäßig kostbarer 18, portiere. 230/2

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, gutgehaltene Möbel, auch neue, einfache, elegante, beliebigen werden, verfallen, spottbillig. Kleiderlager, Lagerreicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.)

Verständig! Elegante Tischwäsche, Kleiderständer, Bettwäsche, Truhen, Gardinen, Hühner, Königbergerstraße 11, vorn I rechts. 9/2

Altes Kleiderständer, Kommode verkauft Eichert, Bastianstraße 99. *

Konkurrenzlos! In die Preise und unerreicht groß die Fabrikpreise der altrenommierten Firma R. Hirschmann, Stallschreiberstraße 57, an der Hochbahn. Behätigung gen gehalten! Katalog gratis! Fabrikpreise! 88R

Nachbaurpiano, hochlegant, Vangerstimmstock, Ebenbeintasten, Todesfallhalber 380,- statt 700,-, Garantiefchein. Stiller, Weidenweg 20.

Sprechmaschinen mit Melodion, 22,00, Garantie, Schallplatten. (Teilzahlung). Reichensbergerstr. 127.

Wohnzimmer (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erprobter Künstler möbelfähig, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M. bei zwei Schülern je 75 Pf. Oberer unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Verschiedenes.

Eichenholz, Komier, Gröplend. 65b

Kunstkopiererei von Frau Koforski, Schlangenstr. 8, II.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeübtere, Einzelstunden und im Kurs erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sebanstraße 57, III. *

Varenianwall Genl. Bismarckstr. 94a.

Singerhobbin Ringelgeschlecht, Plene, Inselstraße 1b. 142b

Künstliche Zähne 1 Markt Schlingenerstr. 90. 184b

Masken verleiht billig F. Henke, Dönnichstraße 1, Postamtgeschäft. 165b

Tanzlehrerin! Grupe, Kriemstraße 16. Anfängerkurse, Sonntagstunde 4,00 (Damen 3,00). Dienstagstunde, Halberstr. 90. 8/0

Reichhaus Verkauf, G. m. b. H. Große Frankfurterstraße 116 (Hauptbahnhof und Einkaufsstelle). Hohe Belichtung für Goldwaren, Silberarbeiten, Schmuckgegenstände, Uhren, Herren- und Damenkleidung, Mäntel, Pelzwaren, Stoffe, Warenposten, jeden Wertgegenstand. Unmittelbar geöffnet. 52R

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herren- und Damenkleidung. W. Marcus, Dragonerstraße 10a. 230/5

Parteienessen! Probieren- und Rohlinggeschäft! Söhlemannstraße 40, Rohlinggeschäft: Bernauerstraße 192, H. Klumpp. 7/1

Hauswerker, Mähtiger, welcher einen gewandbetenden Maschinenmeister kennt, von Kaufmann als Teilhaber gesucht. Oberer E. Z. 178 Rudolf Roffe, Pringensstraße 41. 8/50

Wohnungen.

2 große zweifelhafte Stuben und Küche, 27,00, Reinickendorf, Bismarckstraße 34. 103R

Stube und Küche sofort zu vermieten Charlottenburg, Schillerstraße 94. 713R

Keine Mietkassette, sondern gemächlich-geschmackvolle kleine und doch billig! 2 und 1 Zimmer mit und ohne Balkon und Bad. Charlottenburg, Querfelstraße 11, neben Gde Gauerstraße, Kirdorf, Kaiser Friedrichstraße 78/79. 280/11

Zimmer.

Zwei möblierte Zimmer, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II links (3 Minuten Bahnhof, gegenüber der Ausstellung). 205b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Higarenröhrer sucht jungen Mann oder Mädchen. Stallschreiberstraße 94a.

Truhergeschäfte gesucht. Buchdrucker Janitschewski, Hoffenstraße 29. 216b

Pollerer auf Holzleiten verlangt Punte, Wappstraße 7. 219b

Verheiratete auf schwarze Damenschürzen, lohnende Arbeit. Jabel, Lützstraße 53. 782

Wamsch auf Jalletts von drei Markt aufwärts verlangt Schumann, Bildenomstraße 5, am Bahnhof Wedding. 782

Stellenangebote.

Werkstättin verlangt Behr, Saarbrückerstraße 33. 202b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen und gesperrt:

Knopf- und Vertunffabrik Hingz.

Schilfstr. 8/9, Tischlerei und Bodenlegeri
Schlichting, Gropfenstr. 7.
Tischlerei und Bodenlegeri
Timme, Wilmersdorf, Gafelner
Straße 6.
Parteiengeschäfte und deren Bauten:
Firma Kampmeier, Döllmer
Wer 15/16, und deren sämtliche
Bauten.
Kordb. Parkettfabrik Hannover.
Hofmannstr. Classen u. Hübner,
Firma Butterweh, Zwickauerstr.
Snooboda.
Firma Rosenfeld u. Co., Bau
Charlottenburg, Bismarckstr. Gde
Schloßstr.
Firma Heine (Preßlau), Bau
Karlshagen Str., Gde Berliner Str.
Firma Pfeffer.
Sämtliche Betriebe in den Orten
Ludenwade, Sommerfeld, Höchli,
Gleichenlich erlangen wir die
Kollegen aller Branchen der Holz-
industrie das Vermittelungsbureau
des gelben „Handwerkerhülfs-
verbandes“ streng zu meiden.
Die Kreisverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter!

Wegen Streit in Ludenwade
und folgende Bauten für Ein-
seher gesperrt:
Firma Neumann:
Charlottenburg, Mühlener Str.
Lindemann.
Firma Billig:
Dorndorferstr. 29.
Wilsdorfstr. I. 3, 33, 35.
Berlin, Gensfelder Str. Pahl.
Firma Genshoffen.
Neudorfer Straße, Van Zirka.
Ludenwade:
Firma Möbus.
Der Gauverstand.

Orts-Krankenkasse Reinickendorf.

Zum 1. April, eventuell auch früher,
ist die Stelle eines **Bureaubeamten**
als auch die Stelle eines **Kassen-**
boten zu besetzen. Letzterer hat
300 M. monatlich zu stellen. Anfangs-
gehalt 1500 M. steigend pro Jahr um
60 M. bis 2400 M.
Bewerber, welche schon in diesen
tätig waren, bevorzugt. Original-
zeugnisse und Photographien werden.
Gelt. Offerten sind bis zum
25. Januar an den Vorstehenden
H. Benz, Berlin, Bornholmer
Straße 74, zu richten. 215b
Reinickendorf, 8. Januar 1910.
Der Vorstand 215b
der
Crisis-Krankenkasse Reinickendorf.